



Expertenbericht und Entwurf

eines

Gesetzesvorschlags über das Münzwesen,

mit einem

Vorworte in Form eines Begleitschreibens

von

Herrn Dankdirektor Speiser
in Basel,

an den

Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft.





Tit. !

Der Unterzeichnete ist von Ihrer hohen Behörde mit dem Ruf eines Experten in Münzsachen beehrt worden.

Er hat die Ehre gehabt, mit dem hochgeachteten Vorstand Ihres Finanzdepartementes über jenen Gegenstand in's Vernehmen sich zu setzen, und legt Ihnen nunmehr das Ergebniß der Arbeiten vor, welche er zur Erfüllung seiner Aufgabe und in Uebereinstimmung mit den erhaltenen Weisungen, unternommen hat.

Die beiliegende Arbeit besteht aus einem einläßlichen Berichte über die schweizerische Münzfrage im Allgemeinen und im Besondern, und aus einem Entwurfe zu Gesetzesvorschlägen.

Der Bericht zerfällt in drei Theile.

Der erste Theil enthält eine historisch-kritische Darstellung der, während der letzten drei Decennien, in der Schweiz stattgefundenen Bestrebungen zu Verbesserungen und Reformen im Münzwesen.

Der zweite Theil versucht die Entwicklung der Grundsätze, die bei einer schweizerischen Münzreform leitend sein sollen, und stellt, nach dem gefundenen Maßstabe, eine Vergleichung an, zwischen den verschiedenen

Vorschlägen und den konkurirenden Münzsystemen, welche in der neuesten Zeit der Schweiz empfohlen worden sind.

Das Ergebniß dieser Untersuchungen führt zu dem Schluß der Vorzüglichkeit des französischen Münzsystems, dessen Annahme für die Schweiz vorgeschlagen wird.

Der dritte Theil des Berichtes erstreckt sich über das Materielle der dormaligen schweizerischen Münzstände, und es sind demselben Tabellen beigelegt, welche das Ergebniß der auf diesem Gebiet vorgenommenen Forschungen enthalten. Hierauf wird übergegangen zu Berechnungen über die muthmaßlichen finanziellen Resultate vorzunehmender Einschmelzungen und Prägungen, sowie über den Münzbedarf der Schweiz. Endlich wird die bei der Ausführung einer Münzreform einzuschlagende Methode besprochen.

Auf diesen Bericht stützt sich,

der nachfolgende Entwurf zu Vorschlägen für eidgenössische Münzgesetzgebung. Derselbe zerfällt in zwei Theile:

1. Der Entwurf zu einem organischen Gesetze, das ein Münzsystem für die Schweiz aufstellt, und diejenigen Bestimmungen enthält, welche den Fortbestand und die Erhaltung desselben erzwecken sollen.

2. Der Entwurf zu einem Uebergangs- und Einführungsgesetz, dessen Bestimmungen die zu befolgende Methode und die zu ergreifenden Maßregeln für die Verwirklichung der vorzunehmenden Münzreform feststellen.

Diese Trennung des Gesetzesentwurfs in zwei Theile wird dadurch begründet, daß der erstere Theil das dauernd in Kraft bleibende Münzgesetz bilden soll, während der

Inhalt des letztern Theiles nur von einer vorübergehenden Bedeutung sein kann.

Indem der Unterzeichnete den Wunsch ausdrückt, seine Bestrebungen mögen dazu beitragen, ein für das Vaterland höchst wichtiges Unternehmen zu einem guten Ziele zu führen, hat er die Ehre, Eit., Ihnen den Ausdruck seiner vollkommensten Hochachtung und Ergebenheit darzubringen.

Basel, den 6. Oktober 1849.

(Sign.) Speiser.

Bericht.

I.

Der Zweck, welcher den Bundesbehörden vorliegt, ist die Reform des schweizerischen Münzwesens und die Organisation desselben nach den Grundsätzen, welche im Art. 36 der Bundesverfassung ausgesprochen sind.

Die Bestimmungen dieses Artikels schreiben vor: Centralisation des Münzwesens; sie legen in die Befugnisse der Bundesgesetzgebung die Festsetzung des schweizerischen Münzfußes, sowie Maßnahmen für Tarification, Einschmelzung oder Umprägung der vorhandenen Münzsorten.

Es ist hiedurch der gesetzgebenden Bundesbehörde freier Spielraum eröffnet, zu einer vollständigen Reorganisation unserer verwahrlosten Münzverhältnisse. Und daß die Herstellung eines, seit Jahrhunderten auf diesem Gebiete vergebens angestrebten, geordneten Zustandes auf keinem andern Wege möglich ist, als auf demjenigen durchgreifender Maßnahmen und vollständiger Neugestaltung, davon ist die Ueberzeugung schon längst in alle Gemüther gedrungen. Von diesem Stadium der Frage geht daher auch die nachstehende Darstellung aus, und der Verfasser wird ebensowenig das Gemälde der Unordnung und Zerrissenheit unserer gegenwärtigen Münzzustände zu entwerfen suchen, als darauf ausgehen, Beweise beizubringen der vielen daraus erwachsenden Nachteile für das Verkehrsleben, selbst in dessen geringsten Zweigen. Jenes Gemälde und diese Beweise stehen täglich vor Aller Augen.

Obgleich hienach die historische Aufzählung der Thatfachen, welche die schweizerische Münzgeschichte bilden, nicht hieher gehört, weil dieselben rückwärts des Stadiums liegen, welches der Ausgangspunkt der gegen-

wärtigen Arbeit sein soll, so ist es doch ein Anderes in Beziehung auf die während der letzten drei Jahrzehnte stattgefundenen Versuche zur Reform des schweizerischen Münzwesens. Die Erzählung derjenigen vergangenen Thatfachen, welche den gegenwärtigen Zustand herbeigeführt haben, kann insofern überflüssig heißen, als es nur darum sich handelt, das Materielle dieses Zustandes, und die Mittel, desselben sich zu entledigen, zu erforschen. In münzwissenschaftlicher Beziehung enthält auch die schweizerische Vergangenheit weder Beschrendes noch Erbauliches. Aber das seiner Befriedigung entgegendrängende Bedürfnis nach einer Hebung der drückenden Mißstände, die Ueberzeugung daß solches nur auf dem Wege der Centralisation möglich sei, bestehen ebenfalls nicht erst seit gestern; sie sind verknüpft mit den Gedanken, welche bei der bevorstehenden Reform leitend sein sollen, und diese Gedanken müssen, damit sie sich klar machen, bei ihrem Ursprung erfaßt und in ihrer Entwicklung verfolgt werden. Ebenso die Gegensätze, deren Streit die wohlmeinendsten Anstrengungen lähmte und jedes thatsächliche Vorwärtsschreiten verhinderte; auch diese bedürfen eines historischen Rückblicks zu ihrer allseitigen Würdigung, denn sie werden bei dem bevorstehenden Anlaß wieder einander gegenüber treten und nach Geltung ringen.

In dieser doppelten Beziehung wird es passend sein, dem materiellen Eingehen in die Frage, eine Uebersicht der, zur Verwirklichung des jetzt wieder vorliegenden Zwecks, stattgefundenen Versuche und Bestrebungen der letzten dreißig Jahre voranzuschicken.

Nachdem unter dem helvetischen Regimente das Münzwesen einige Jahre lang centralisirt gewesen war — nicht

zum Nutzen des Landes — gerieth es, durch die Mediationsverfassung, wieder in den Bereich der Kantonsouveränität. Der Tagsatzung wurde bloß die Befugniß der Festsetzung des Münzfußes vorbehalten. Auch dieses Letztere fiel indessen weg, bei dem Bund von 1815, und die Kantone gelangten neuerdings in den Besitz ihrer frühern unbeschränkten Münzherrlichkeit.

Die helvetische Regierung hatte das Münzrecht nur ausgeübt, um sich durch Ausprägen von ungefähr einer halben Million geringhaltiger Scheidemünze Gewinn zu verschaffen. Einen ähnlichen Gebrauch machten von jenem Rechte die Kantone während der Mediationsverfassung. Von 1803 bis 1811 wurde für mehr als zwei Millionen Scheidemünze ausgeprägt, ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Tagsatzung, welche dem übermäßigen Ausmünzen geringhaltiger Sorten Einhalt zu thun vergebens bestrebt war. Der Druck dieser, außer allem Verhältniß zum Bedarf, in die Zirkulation geworfenen Scheidemünze machte sich indessen fühlbar, und von 1809 an erhoben sich jährliche Klagen darüber an der Tagsatzung. Diese Behörde war jedoch, nach ihrer politischen Bedeutung, gänzlich außer Stande dem Uebel zu steuern; nur auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung zwischen den Kantonen wäre Abhülfe möglich gewesen. Hiegegen erhoben sich aber, bei jedem Versuch, unzählige Hindernisse; namentlich waren es die östlichen Kantone, die zu keinem gemeinschaftlichen Münzsystem, nicht einmal zu einem Uebereinkommen für das Einstellen der Scheidemünzprägungen, die Hand bieten wollten. Das Uebel nahm daher zu, und man darf annehmen, daß Anfangs der Zwanziger-Jahre bei $8\frac{1}{2}$ Millionen Schweizerfranken Scheidemünze, — fremde nicht gerechnet, — in der Schweiz zirkulirten, wovon zwei Drittheile aus den ge-

ringhaltigsten Sorten bestanden. Keine Tagsatzung ging vorüber, ohne daß die Münzübelstände einen hauptsächlichsten, obgleich unerquicklichen und stets erfolglosen Gegenstand der Verathungen ausmachten.

Im Jahr 1819 ward eine Kommission aufgestellt, deren Bericht die zunächst liegenden Mißstände nachwies, und klar machte daß das Uebel alle Grenzen überschreiten müsse, wofern es nicht gelinge, der verwerflichen, stets noch fortdauernden Scheidemünzfabrikation Einhalt zu thun. Es wurden nun keine Anstrengungen gescheut zu diesem Zwecke; aber alle Schritte scheiterten, und am 9. Juli 1821 beschloß die entmuthigte Tagsatzung einstimmig: „weitere Versuche zur Erzielung eines allgemeinen Münzvertrages für einmal aufzugeben und diesen Artikel aus Abschied und Traktanden fallen zu lassen; dagegen aber den hohen Ständen angelegentlich zu empfehlen, durch Unterhandlungen einzelner Konfödate unter sich, dem Uebel wenigstens theilweise entgegenzuwirken.“ In demselben Jahr (1821) gelang es auch, ein solches Verkommniß zwischen sechszehn Ständen zu Stande zu bringen. Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, Aargau, Waadt, Wallis und Neuchâtel verpflichteten sich, auf zwanzig Jahre, zur Einstellung des Prägens von Scheidemünze. Und dieß war — wie ein schweizerischer Münzschriftsteller sagt — der erste Schritt zum Bessern. Thurgau trat jenem Vertrag nachträglich bei; Glarus, Graubünden, Tessin, Genéve und St. Gallen beharrten bei ihrer Weigerung. Letzteres glaubte sogar behaupten zu dürfen, es sei ein wirklicher Mangel an Scheidemünze eingetreten. *)

*) E. Enell, Handbuch.

Das Uebel hatte indessen ein zu hohes Maß erreicht, als daß bloß negative Maßnahmen, wie die vorerwähnte, hinreichend gewesen wären zu dessen Hebung. Die Kantone suchten durch gegenseitige Berrufe die Scheidemünze von sich ab- und den Nachbarn zuzutreiben. Namentlich war es die helvetische Scheidemünze, welche verwaist dastand, die man aus einem Kantone nach dem andern verjagt sah. Die Tagsatzung hatte zwar am 14. Juli 1819 erklärt, jene Münzen seien eine gemeinsame Last aller derjenigen Kantone, die in der helvetischen Republik inbegriffen gewesen waren, und lud die Stände, welche diesem Grundsatz zuwiderlaufende Verordnungen erlassen hatten, ein, solche zurückzunehmen. Diese Einladung blieb unbeachtet. Zugleich hatte aber jener Beschluß eine zukünftige Einziehung der helvetischen Scheidemünzen in Aussicht gestellt. Allein die Ausführung dieser Maßregel schien in weite Ferne gerückt, so daß diejenigen Kantone, welche entschlossen waren, auf dem Weg der That vorwärts zu schreiten, zur Abhülfe eines nachgerade unerträglich gewordenen Zustandes, nicht abwarten mochten. 1825 ward ein Münzkonfordat errichtet zwischen den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn, Basel, Aargau und Waadt. Diese Stände verpflichteten sich gemeinschaftlich zur Einziehung des einen Jeden unter ihnen betreffenden skalamäßigen Antheils der helvetischen und überdies einer halben Million eigener Scheidemünze. Der normale Scheidemünzbedarf wurde zu 5 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung angenommen; nach den Angaben jener Kantone betrug aber ihr Bestand ungefähr Fr. 1,600,000 mehr als der Bedarf nach jenem Maßstab, und von diesem Uebermaß sollte ein Betrag von Fr. 494,000 eingezogen werden, was auch geschah. Für

die in Zirkulation bleibenden Scheidemünzen der konfodierenden Kantone war festgesetzt, daß solche auf dem Wege kalter Umprägung mit dem gemeinschaftlichen Konfodatsstempel zu versehen seien. Es fand dieß jedoch nur für einen Theil davon statt; die Maßregel ward nicht vollständig durchgeführt. Eine übereinstimmende Werthung der fremden Sorten, über die man sich auch im Konfordat verständigt hatte, trat gar nie in Kraft.

Im Jahr 1828 nahm die Tagsatzung die Angelegenheit der helvetischen Scheidemünze wieder auf und faßte den Beschluß, daß die bereits im Jahr 1819 grundsätzlich beschlossene Einziehung und Vernichtung dieser Münzen nunmehr stattfinden solle. Es mangelte nicht an Widerständigkeit von Seiten der Kantone, diesem Beschluß Folge zu leisten. Die Tagsatzung blieb aber fest und im folgenden Jahr ward mit Mehrheit der Austrag an den Vorort erlassen: „dem Beschluß vom 24. Juli 1828 weitere Vollziehung zu geben und die Liquidation der helvetischen Münzen zum Ziele zu führen.“ Es gelang dieß endlich, und der Tagsatzung von 1830 wurde die Liquidationsrechnung vorgelegt; diese letztere aber erst 1833 genehmigt. Appenzell Innerrhoden hatte seine Nichtanerkennung des Beschlusses zur Einziehung bis an's Ende durchgeführt; und es behielt Recht. Denn um den Gegenstand endlich aus Abschied und Traktanden fallen lassen zu können, mußte die eidgenössische Centralkasse das Verlustbetreffniß jenes Kantons mit Fr. 557. 79 auf sich nehmen. Die Einschmelzung der helvetischen Scheidemünzen lieferte folgendes Ergebnis:

Die Ausprägung hatte Fr. 470,000 betragen. Eingelöst wurden für einen Nennwerth von Fr. 464,758. 50

Der realisirte Metallwerth nach der
Einschmelzung betrug . . . „ 328,770. 45

Verlust, der nach der Geldscala unter
die Kantone repartirt wurde . . . Fr. 135,988. 05

Auf den Silbermünzen betrug der Verlust $11\frac{1}{2}$ Prozent, auf der Villonmünze (Bazen und Halbbazen) 46 Prozent des Nennwerths.

Es läßt sich nicht läugnen, daß die Fassung und Durchführung des Beschlusses zur Einschmelzung der helvetischen Münzen, bei dem geringen Maß von Machtbefugniß welches der damaligen Tagsatzung zu Gebote stand, ein sehr schwieriges Werk war. Der Aufwand von Energie und Beharrlichkeit, welcher dafür gemacht werden mußte, beweist aber auch den Druck des Uebels, von dem man sich zu befreien suchte.

Bis dahin hatten sich indessen alle Bestrebungen nach Verbesserungen im schweizerischen Münzwesen darauf beschränkt, die Last des Scheidemünzüberschusses zu mindern. Und in der That war dieß der zunächst liegende, fühlbarste Uebelstand. Es ist anzunehmen, daß die Summe zirkulirender Kupfer- oder Villonscheidemünzen schweizerischen Gepräges in den Jahren 1820 bis 1825 mindestens fünf Millionen Schweizerfranken betrug. Rechnet man hiezu die fremden, namentlich die in den nördlichen und östlichen Kantonen umlaufenden deutschen Scheidemünzen geringen Gehalts, so wird die Schätzung von sechs Millionen oder drei Schweizerfranken per Kopf der damaligen Bevölkerung gewiß nicht übertrieben sein. Es beträgt dieß das Fünffache fast, der Cirkulation ähnlicher Sorten in Frankreich oder in Preußen.

Eine kaum geringere Last für den Verkehr und zugleich ein drückendes Gefühl für den Nationalstolz lag in der Verschiedenheit der Währungen der Kantone, in ihren gegenseitigen Reibungen durch Münzverbote und ungleiche Werthungen. Und man sah wohl ein, daß für diesen Mißstand kein anderes Hülfsmittel sei als die Centralisation; ja, daß die Centralisation auch allein werde Abhülfe gewähren können gegen die verwerflichen Mißbräuche des Münzregals, deren einzelne Kantone, zum Schaden der Andern, fortführen sich schuldig zu machen. Die damalige politische Gestaltung der Schweiz mußte aber den Gedanken der Centralisation des Münzwesens als eine Utopie erscheinen lassen, und die vereinzelt Anträge, welche 1816 von Bern, 1821 von Freiburg gebracht wurden, erlangten kaum die Ehre einer Diskussion. Fortwährend waren es die östlichen Kantone, für welche St. Gallen als Vorkämpfer sich aufwarf, die sich allen Vorschlägen gemeinschaftlicher Maßnahmen aufs Entschiedenste widersetzten. Das Bedürfniß der Gemeinsamkeit war aber zu tief begründet und zu dringend, es machte auf zu mancherlei Gebieten sich geltend, als daß es nicht bei jeder Gelegenheit zum Durchbruch gekommen wäre. Daher konnte es nicht fehlen, das Prinzip der Centralisation des Münzwesens in den Entwurf der neuen Bundesverfassung vom Jahr 1832 aufzunehmen zu sehen. Allein bei der Festsetzung der Form, in welcher es verwirklicht werden sollte, traten die Gegensätze wieder hervor. Die Verfassungskommission hatte die einfache Annahme des französischen Münzsystems beantragt. Ein Gutachten des zürcherischen Münzdepartements, dessen Schlüsse der Große Rath dieses Kantons zu seiner Instruktion erhoben hatte, stieß jenen Antrag wieder um. Das fragliche Gutachten — die Nothwendigkeit einer Reform des

schweizerischen Münzwesens, auf dem Wege der Centralisation, anerkennend — gieng von dem Grundsatz aus, daß die Schweiz, da sie selbst keine groben Münzsorten präge, die Wahl haben müsse, das Geld aller benachbarten Staaten zu gebrauchen, indem ihr einzig auf diesem Wege die benöthigten Verkehrsmittel stets zuflössen. Die eigenthümlichen Verhältnisse der Schweiz — wurde behauptet — erlaubten es daher nicht, daß sie für die Einheit ihres Münzwesens einem benachbarten System unbedingt sich anschließe, sondern das schweizerische System müsse einen Uebergang zwischen den betreffenden fremden Münzfüßen bilden. Diesen Uebergang glaubte man gefunden zu haben in der Aufstellung eines Schweizerfrankens zu 121 franz. Gran fein Silber. Die Tagsatzung gieng auf diese Vorschläge vollständig ein, und in den §. 21 der neuen Bundesurkunde ward ein damit übereinstimmendes förmliches Münzgesetz angenommen. Die Grundbestimmungen desselben waren, wie erwähnt, Centralisation des schweizerischen Münzwesens; Errichtung eines eigenen Münzsystems mit dem Schweizerfranken zu 121 Gran fein Silber als Einheit; Einlösung sämtlicher damaligen schweizerischen Münzsorten unter dem Schweizerfranken; allgemein verbindlicher Tarif für die Werthung grober Sorten in- und ausländischen Gepräges. Der Drang nach Einheit war damals so überwiegend, daß selbst der Gesandte von St. Gallen diesem Münzgesetzartikel beistimmen zu dürfen glaubte.

Bekanntlich trat die Bundesverfassung von 1832 nie in's Leben. Das Bedürfniß nach einer Münzreform blieb aber fortbestehn; nur war dasselbe genöthigt, wie früher, wieder auf dem Wege besonderer, freiwilliger Vereinbarung seiner Befriedigung nachzustreben. Es fanden

Versuche statt, das Projekt von 1832 auf diesem Wege durchzuführen. Im Jahr 1834 stellte die Tagsatzung eine Kommission auf, zur Begutachtung der Münzfrage und der Einführung des im Jahr 1832 entworfenen Vorschlags. Allein dieser Letztere fand nicht mehr so günstige Aufnahme; es wurden die Mängel und Unvollkommenheiten desselben hervorgehoben; man bewies, daß die nach demselben geprägten Münzen sich nicht im Umlauf erhalten würden, und die Mehrheit beantragte dessen Verwerfung, indem sie zugleich die Vorzüge des französischen Münzfußes hervorhob, ohne jedoch dessen Einführung anders als für die eidgenössischen Kassen zu beantragen. Die Minderheit der Kommission hingegen verteidigte die entgegenge setzte Ansicht, empfahl die Annahme jenes Entwurfs und behauptete: „Nicht in der Unvollkommenheit des Vorschlags liege das Hinderniß gegen dessen Ausführung, sondern in der Hineigung der westlichen Kantone zu dem französischen Münzfuß. Es stehe indeß nicht zu erwarten, daß die östlichen Kantone das ihnen in Werthung und Benennung fremde, den Verkehr mit Deutschland erschwerende französische System annehmen werden. Eher möchte ein Doppelsystem sich ausbilden, wenn nicht das überwiegende Gefühl der Nationalität alle Kantone in dem empfohlenen Frankensystem vereinige.“

Mit diesen letztern Worten war allerdings die Lage charakterisirt und die wirklichen Gegensätze fanden sich einander gegenüber gestellt. In der That ist es höchst wahrscheinlich, daß wenn das mehrerwähnte Projekt von 1832 untadelhaft gewesen wäre — was es bei Weitem nicht heißen konnte — so würde dasselbe dennoch bei den immer mehr zu dem französischen System hinneigenden Kantonen der westlichen Schweiz keinen Anklang

gefunden haben. Man fühlte aber überdies wohl, daß ein solches Uebergangs- oder Vermittlungssystem etwas Falsches, Unwahres in sich trage; daß es keine richtige Mitte, sondern ein unpraktisches Schaukelwesen sein würde; unter dessen Herrschaft die fremden Münzfüße einander hin- und hergetrieben hätten auf dem neutralen Boden der Schweiz. Die oben berührte Einwendung, daß die nach dem projektirten Fuß geschlagenen Münzen — weil um $\frac{1}{4}\%$ gehaltreicher als die französischen und um $\frac{1}{2}\%$ gehaltreicher als die deutschen entsprechenden Sorten — sich nicht im Umlauf erhalten würden, widerlegte zwar die Minderheit der Kommission mit der Bemerkung, daß die Schweiz niemals grobe Geldsorten schlagen und der beantragte schweizerische Münzfuß daher nur zum Maßstab dienen werde für die Werthung der kursirenden fremden Sorten. Allein hiemit war nicht bewiesen, daß der vorgeschlagene Maßstab ein richtiger, brauchbarer sei, und noch viel weniger war dargethan, daß zweierlei konkurrirende und mit einander durchaus unverträgliche Münzsysteme in einem dritten, idealen, ihre praktische Versöhnung, ihre Synthesis finden könnten. Abgesehen von der absoluten Unmöglichkeit, eine gegenseitige Werthung deutscher und französischer Münzsorten aufzustellen, welche ganz genau richtig und zugleich im Verkehr brauchbar wäre, hatte man nicht berücksichtigt, daß der Werth einer Münze auf dem allgemeinen Geldmarkt auch durch das Gepräge bestimmt wird, welches dieselbe trägt. Oder was möchte die Ursache sein, warum in der Schweiz der süddeutsche Gulden gegen französisches Geld seit längerer Zeit $\frac{1}{2}\%$ ungefähr unter seinem effektiven Werth zu kaufen ist, und warum seit vielen Monaten der Brabanterthaler um 1 bis $1\frac{1}{4}\%$ unter dem Kurse steht, den er frü-

her Jahre lang behauptete? Wie will man es erklären, daß der französische Fünffrankenthaler in Deutschland $\frac{1}{5}$ bis $\frac{2}{5}\%$ über seinen wirklichen Gehalt bezahlt wird, während der erwähnte süddeutsche Gulden in Frankreich 1 % verliert? Schwankungen im gegenseitigen Werth der verschiedenen Münzsorten treten überdies öfter ein, und es ist klar, daß ein Land welches alle verschiedenen Sorten als gleichberechtigt zuläßt, stets mit der jeweiligen am niedrigsten stehenden überschwemmt werden und nie zu einem festen, zuverlässigen Stand seines Geldwesens gelangen wird. Sene Unsicherheit ist es aber, welche dem großen, so wie dem kleinen Verkehr so lästig und nachtheilig ist, welche Jedermann zwingt, dem unfruchtbaren Gewerbe des Geldwechsels und Agiotirens fortwährend Tribut zu bezahlen. Und hierin lag die schwächste Seite jenes Vermittlungssystems, das auf irrigen, unpraktischen Grundlagen beruhte.

Von sehr geringer Stichhaltigkeit war der Hauptgrund, den man für das Prinzip gleichmäßiger Werthung deutscher und französischer Sorten geltend machte, daß nämlich die Schweiz, welche keine eigenen Münzen präge, aller fremden Sorten bedürfe. Eine Münze nicht werthen, d. h. sie nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel stempeln, heißt noch nicht dieselbe verbieten, und noch viel weniger sie ausschließen. In Deutschland kursiren Fünffrankstücke, in Frankreich kann man Gulden anbringen, ohne dafür bestraft zu werden, obgleich weder die eine noch die andere Münzsorte in den betreffenden Ländern gewerthet ist. Aber auch in dem Fall, daß die deutsche Münze z. B. von der Schweiz ausgeschlossen würde, so scheint es, dürfte man im Hinblick auf die 3 bis 4000 Millionen, welche in französischen Geldsorten

zirkuliren, sich vollkommen beruhigen; denn die Schweiz bedarf kaum des fünfzigsten Theils jenes Vorraths. Merkwürdig bleibt es immerhin, wie von derselben Seite, welche damals jenen Grund hervorhob, gegenwärtig keine Besorgniß gefühlt wird, der Schweiz, als Ersatz für den faktisch auszuschließenden französischen Münzfuß, den süddeutschen zu empfehlen, in welchem kaum 3 bis 400 Millionen geprägter Münzen existiren mögen.

Die Meinungen waren sich bei der Konferenz von 1834 noch nicht näher gekommen, und die Tagssagung gieng auseinander, ohne über die gestellten Anträge einen Beschluß gefaßt zu haben. Im November 1836 berief der Vorort Bern, welcher der Münzfrage stets am meisten Interesse gewidmet hatte, eine Expertenkommission ein. Von sieben eingeladenen Mitgliedern erschienen aber nur drei — ein Beweis, daß die Hoffnung auf erfolgreiche Resultate sehr gering war. Die beiden Systeme von 1834 — das französische und der von 1832 herstammende Münzfuß zu 121 Gran — standen einander wieder gegenüber und theilten die Kommission, welche zwei verschiedene, auf die Einführung der beiden Systeme bezügliche Konfordsatzentwürfe als die Frucht ihrer Arbeiten hinterließ.

Im August 1837 trat in Luzern — „als Ergänzung der vorjährigen Konferenz“ — eine zahlreicher besuchte Kommission zusammen. Das ausführliche und in mehreren Beziehungen werthvolle Gutachten derselben bedauert im Eingang den gänzlichen Mangel an Angaben und Materialien, welche zu einer sachdienlichen Kenntniß der schweizerischen Münzverhältnisse verhelfen könnten. Als Hauptübelstände des schweizerischen Münzwesens hob dasselbe hervor: Zuerst und vor Allem, das Uebermaß vorhandener geringhaltiger Scheidemünzen,

welches an und für sich schon lästig, ein stetes Streben nach erhöhten Abzugskursen für die groben Sorten provoziert habe. Zweitens, die unrichtigen und ungleichförmigen Werthungen der verschiedenen Gold- und Silberforten, welche vielmehr nach Willkür und Bequemlichkeit, als nach genauer Berechnung des Gehalts der betreffenden Sorten festgesetzt worden seien. Drittens, die Menge und Verschiedenheit der Münzfüße, die zahlreichen ideellen und effektiven Münzarten der eidgenössischen Stände. Auch von dieser Kommission empfahl ein Theil — diesmal die Mehrheit wieder — die Verwirklichung des Projektes von 1832, während der andere Theil an dem französischen Münzsystem festhielt. Eine Stimme brachte den neuen Vorschlag eines Schweizerfrankensfußes auf der Basis von 36 Batzen für den Fünffrankenthaler nebst Werthungen von $41\frac{2}{3}$ Batzen für den Neuthaler und $41\frac{1}{3}$ Batzen für den Brabanterthaler. Für alle drei Vorschläge wurden Konfordsatzprojekte ausgearbeitet und der Tagssagung vorgelegt — ohne thatsächlichen Erfolg.

Die Münzfrage verschwand indessen nicht von den eidgenössischen Traktanden. Schon im folgenden Jahr (1838) fand in Luzern eine Konferenz von Ständesabgeordneten statt. Der Gedanke der Einführung des französischen Münzfußes hatte in der Zwischenzeit die Zahl seiner Anhänger vermehrt, und in einer vorläufigen Zusammenkunft von Abgeordneten erklärten sich neun Stände mehr oder weniger bestimmt, und theilweise unter dem Vorbehalt daß eine Mehrheit sich ergebe, für denselben. Es waren dieß: Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Basel, Aargau, Waadt, Wallis und Genf. In Folge dieser Erklärungen konnte die Konferenz nicht mehr mit der Verathung des 1832er

Projektes sich befassen, was zuerst ihre Aufgabe zu sein schien; sie schritt vielmehr sofort zu einer Besprechung über ein Konkordat für Einführung des französischen Münzsystemes. Hierzu wurde das französische Münzgesetz als Grundlage angenommen. Selbst die bedeutungslose, unlogische Festsetzung des relativen Werthes zwischen Gold und Silber — $15\frac{1}{2}$ zu 1 — entlehnte man demselben, obgleich seit Jahren in Frankreich selbst dieses Verhältniß wie $15\frac{3}{4}$ zu 1 ungefähr steht. Die Abweichungen, welche man sich erlaubte, bestanden hauptsächlich in der Annahme von Billon-Münzen zu 20 und zu 4 Centimes, welche das französische Gesetz nicht kennt, und ferner in der Aufstellung eines Tarifs für die Werthung vorhandener in- und ausländischer Sorten. In Beziehung auf den letztern Punkt wurde jedoch von Bern und Genf der Antrag gestellt, diese Tarifierung möge nicht obligatorisch sein für solche Sorten, die dem französischen Münzsystem nicht angehören. Waadt wünschte die obligatorische Tarifierung wenigstens auf einige der bessern groben Schweizerforten beschränkt. Diese Anträge thaten einen erfreulichen Fortschritt geläuterter Ansichten im Münzwesen kund; man sprach damit die Prinzipwidrigkeit der Zulassung solcher Geldsorten aus, die, dem angenommenen System fremd, mit demselben unverträglich sind. Der bis dahin, selbst bei den Anhängern des französischen Münzfußes, in allgemeinem Ansehen gestandene Vermittlungsgedanke des Projektes von 1832 ward durch jene Anträge in seinen Grundlagen erschüttert. Ein förmliches Konkordatsprojekt stellte die Konferenz nicht auf; ihr einmüthiger Beschluß gieng bloß dahin, das Protokoll der Verhandlungen der Tagfagung vorzulegen und diese letztere zu ersuchen, durch den Vorort eine Konferenz von Abgeordneten der

zustimmenden Stände mit Beförderung einberufen zu lassen, um durch dieselbe die nähern Bestimmungen eines Konkordats definitiv festzustellen.

Diese Konferenz fand in Zürich statt, und wurde am 5. Februar 1839 eröffnet. Die Abgeordneten von zwölf Ständen waren anwesend. Von den nicht vertretenen Kantonen sprachen Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen und Appenzell die Erwartung aus, daß das Protokoll ihnen werde mitgetheilt werden. Von Neuenburg und Tessin allein geschah keine Erwähnung. Die Abgesandten von Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Basel, Waadt und Wallis erklärten, sie seien bevollmächtigt, an den Verhandlungen zur Einführung des französischen Münzsystems Theil zu nehmen. Argau trug vor, sein Stand habe in erster Linie immer für einen schweizerischen Münzfuß gestimmt, sei aber jedenfalls bereit in die Verhandlungen einzutreten. Genf hatte ein Jahr vorher das französische Münzsystem bei sich eingeführt; die Gesinnungen von Neuenburg konnten nicht zweifelhaft sein, und eben so wenig, nach frühern Erklärungen, diejenigen von Tessin. Fünf Stände, mit einer Bevölkerung von über 1,500,000 Seelen — also fast zwei Drittheile der Schweiz — durften demnach als dem französischen Münzsystem gewonnen betrachtet werden.

Das Protokoll der vorhergegangenen Konferenz wurde zur Grundlage der Verathungen gelegt. Den Gang derselben vollständig hier mitzutheilen, würde zu weit führen. Da indessen die Konferenz von 1839 die letzte gewesen ist, und seither einläßliche, offizielle Verhandlungen über die Münzfrage keine mehr stattgefunden haben, so muß ihr Ergebniß in der gegenwärtigen Darstellung seine Stelle bekommen, indem solches das

äußerste Stadium bildet, auf welchem die Frage stehen geblieben ist.

Der von der Konferenz angenommene Gesetzesentwurf enthält folgende Hauptbestimmungen:

Münzeinheit: der Franken zu 5 Grammen Silber, $\frac{1}{10}$ fein; theilbar in 100 Centimen, Cents.

Errichtung gemeinsamer Münzstätten.

Prägung von:

Goldmünzen zu Fr. 40, Fr. 20 und Fr. 10.

Silbermünzen zu Fr. 5, 2, 1 und $\frac{1}{2}$.

Billonmünzen zu 25, 10 und 5 Cents.

Kupfermünzen zu 2 und 1 Cents.

Der relative Werth zwischen Gold und Silber ward wieder wie $15\frac{1}{2}$ zu 1 festgesetzt — eine Bestimmung, die ebensowenig in der Macht der Münzkonferenz lag, als die Festsetzung des Werthverhältnisses zwischen Silber und Baumwolle.

Für die Ausprägung der Gold- und Silbermünzen war vorgeschrieben, daß dieselbe zu ihrem vollen Nominalwerth geschehen solle, und in Bezug auf Schrot und Korn zu $\frac{1}{10}$ fein, gleich wie die französischen Münzen.

Bei den Scheidemünzen (Billon) sollten der Werth des Kupferzusatzes und die Kosten der Fabrikation allein in Abzug gebracht werden.

Die Ausmünzung der Kupferorten sollte ebenfalls zu ihrem wahren Werthe, weniger die Fabrikationskosten, geschehn. Hiefür wurde der Maßstab von 2 Grammen Kupfer für 1 Cent angenommen.

In Betreff des Remediums wurden die französischen Gesetzbestimmungen unverändert beibehalten. Ebenso wurden die französischen Münzen als Muster vorgeschrieben für die Form der entsprechenden schweizerischen Gold- und Silberprägungen, und überdies festgesetzt,

daß eine gewisse Anzahl schweizerischer „Fünffrankenstücke und darunter“ geschlagen werden sollten, um für das schweizerische Münzsystem als Typen zu dienen.

Ferner sollten die konfödirenden Stände sich verpflichten, binnen zehn Jahren alle ihre im Umlauf befindlichen Silber- und Kupferscheidemünzen zum Nominalwerth einzuziehen und einzuschmelzen.

Nach Verfluß jener zehn Jahre sollte die Menge der zirkulirenden Scheidemünzen konfödirender Kantone 2 Fr. per Kopf der Bevölkerung nicht mehr übersteigen.

Für den Kurs aus- und inländischer Münzsorten ward in den Konfödatentwurf ein verbindlicher Tarif aufgenommen.

Endlich sollten die konfödirenden Stände sich verpflichten, den neuen Münzfuß binnen ein bis zwei Jahren in allen Zweigen ihrer Administration einzuführen, sowie die nothwendigen Verfügungen zu treffen für die Reduzirung bestehender Geldverträge aus den alten Münzfüßen in den neu anzunehmenden.

Was im Laufe der Verhandlungen vorkam von Ausstellungen und Meinungsverschiedenheiten über untergeordnete Punkte, darf füglich hier unberührt gelassen werden; ein anderes ist es in Beziehung auf grundsätzliche Fragen, die auch jetzt noch von Wichtigkeit sind.

Genf und Waadt beehrten die Weglassung der Goldmünzen aus dem schweizerischen Münzsystem — oder wenigstens die Beseitigung einer gegenseitigen Werthbestimmung zwischen den beiden edeln Metallen. Die Vertreter dieser Stände stützten ihren letztern Antrag wahrscheinlich auf den oben berührten Grund, daß es nicht in der Macht irgend einer Behörde liege, das Werthverhältniß zwischen zwei verschiedenen Gegenständen

zu bestimmen, und daß in Frankreich, trotz eines Gesetzesartikels, das Gold nach dem veränderlichen Marktpreise und nicht zu einem fixen Kurs bezahlt werde.

Der Vorschlag, das Gold gar nicht in das schweizerische Münzsystem aufzunehmen, wurde ohne Zweifel damit begründet, daß die Einheit eines Werthmaßes nothwendige Bedingung seiner Zweckmäßigkeit sei; daß diese Einheit aber nicht mehr bestehe, wenn zwei verschiedene Metalle, von gegenseitig veränderlichem Werth, zugleich jenen Maßstab bilden sollen. Es lasse sich denken — und seitherige Ereignisse haben diesen Fall sogar wahrscheinlich gemacht — daß in den gegenseitigen Werthverhältnissen der edlen Metalle bedeutende Schwankungen eintreten könnten; solchen Schwankungen und ihrem verderblichen Einfluß vermöchte ein Münzsystem nicht zu widerstehen, mit einer ungewissen, zweifachen Grundlage; und der allgemeine Maßstab der Werthe, welcher ein unabänderlich fester sein soll, würde dadurch in die größte Unsicherheit und Unzuverlässigkeit gerathen.

Ferner erhoben die erwähnten beiden Abgeordneten von Genf und Waadt Widerspruch gegen die Tarification solcher Sorten, die dem anzunehmenden metrischen Dezimalsystem nicht angehören. Die Gründe, auf welche sich dieselben stützten, sind in dem folgenden Votum von Genf enthalten, welches in dem Protokoll aufbewahrt geblieben ist:

„Der Zweck des Konföderates — sagte der Abgeordnete von Genf — kann doch kein anderer sein, als eine Münze zu schaffen, welche auf festen Grundlagen beruht, den Geldverträgen hiedurch einen gleichförmigen Werth zu verleihen; sowie ein möglichst bequemes Tauschmittel einzuführen.

„Die Fünffrankenstücke, welche Frankreich, Piemont und Belgien prägen, enthalten die gleiche Quantität Silber, $\frac{9}{10}$ fein, und sind unter den nämlichen Bedingungen ausgemünzt, wie diejenigen, welche aus einer schweizerischen Münzstätte hervorgehn würden; die Basis aller dieser Münzen ist der Franken von $4\frac{1}{2}$ Grammen fein Silber; also steht nichts ihrer Zulassung im Wege.

„Aber Münzen, die unter verschiedenen Bedingungen geschlagen sind, einen gesetzlichen Kurs geben, heißt das nicht, sich von der unveränderlichen Basis entfernen und einer Annäherung nachjagen, welche in die Geldzirkulation Verwirrung bringen muß, und das um so mehr, weil das Projekt den nämlichen Werth solchen Münzen verleiht, die notorisch, sowohl im Gewicht als im Gehalt, unter einander verschiedene sind?

„So bekämen die Brabanterthaler den gleichen gesetzlichen Kurs zu Fr. 5. 70 wie die bairischen Kronenthaler, und diejenigen von Württemberg, Baden und Nassau, obgleich die Letztern um ein namhaftes geringhaltiger sind als die Erstern.

„Die Befugniß, eine Schuld abzutragen, indem man unter den kursirenden Münzen verschiedenartigen Gehalts diejenige wählt, welche augenblicklich am vortheilhaftesten sich stellt, zieht unumgänglich das Agiotiren nach sich, bringt Unsicherheit in den Werth der Schuldtitel, stört endlich die Uniformität, welche man in dem repräsentativen Tauschmittel sowohl für den großen als für den kleinern Verkehr wünschen muß.“

Diese vortreflich entwickelten und klaren Gründe fanden zwar keinen Eingang; indessen beweist schon die Thatsache, daß sie vorgebracht wurden, einen bedeutenden Fortschritt grundsätzlicher Anschauungsweise in Münzfragen;

im Vergleich mit den vorgetragenen Argumentationen an früheren Konferenzen.

Zur Verwirklichung gelangte das letztbeschlossene Konkordatsprojekt eben so wenig wie seine jüngsten Vorgänger; es wurde demselben auch auf dem Wege weiterer Unterhandlungen keine Folge gegeben. Die Ursache hiervon, und warum überhaupt in der Münzfrage von jenem Zeitpunkt an keine Schritte mehr gethan wurden, wird ohne Zweifel zu suchen sein, in den mit Eingang dieses Jahrzehnts stets trüber sich gestaltenden politischen Konstellationen, deren Bewegungen alle Geister in Anspruch nahmen und die Werke des Friedens in den Hintergrund drängten.

Erst im Jahr 1848, bei den Kommissionalverhandlungen über den Entwurf einer neuen Bundesverfassung, kam der Gegenstand im Schoße eidgenössischer Behörden wieder zur Sprache. Es zeigte sich von mehreren Seiten Geneigtheit, den Anlaß zu benützen, um den Knoten zu durchhauen, und in dieser Absicht wurde beantragt, den anzunehmenden Münzfuß schon im Bundesvertrag zu bestimmen. Nur auf diesem Weg — behauptete man — sei Aussicht vorhanden, das allgemein schädliche Münzwesen, welches in der Eidgenossenschaft herrsche, zu beseitigen. Der Antrag erlangte auch zuerst eine Mehrheit von fünfzehn Stimmen; allein beim Eintreten in die Wahl des anzunehmenden Münzfußes machten sich so divergirende Meinungen geltend, daß die so eben gefasste Schlußnahme zurückgenommen und die Festsetzung des Münzfußes der Bundesgesetzgebung vorbehalten werden mußte. Gegen den Grundsatz der Zentralisation des Münzwesens, welcher 18 Stimmen auf sich vereinigte, erhob sich kein Widerspruch; wie denn das Streben nach Einheit und Einigung, besonders auf dem Gebiet der materiellen In-

teressen, ein vorherrschendes Element in der jüngsten eidgenössischen Verfassungsänderung war.

Der das Münzwesen betreffende Artikel im Verfassungsentwurfe, wie er aus jener Verhandlung hervorging, lautete wie folgt:

„Dem Bunde steht die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zu.

„Die Münzprägung durch die Kantone hört auf und geht einzig vom Bunde aus.

„Es ist Sache der Bundesgesetzgebung, den Münzfuß festzusetzen, die vorhandenen Münzsorten zu tarifyren und die nähern Bestimmungen zu treffen, nach welchen die Kantone verpflichtet sind, von den von ihnen geprägten Münzen einschmelzen oder umprägen zu lassen.“

Bei der Behandlung dieses Artikels in der Tagsatzung, am 23. Juni 1848, stellte Tessin den Antrag, den schweizerischen Münzfuß auf die Basis des französischen Dezimalsystems festzustellen. Diesem Antrag stimmten bei: Freiburg, Solothurn, Tessin, Wallis, Waadt, Neuenburg und Genf — sieben Stände.

Genf schlug vor: „Das Dezimalsystem wird der neuen Münze als Basis dienen.“

Von Genf ausgehend, welches im Jahr 1838 das französische Dezimalsystem bei sich eingeführt hatte, konnte dieser Antrag nur eine Redaktionsveränderung und keine Abweichung vom Sinne des tessinischen Vorschlags heißen. 10½ Stände stimmten demselben bei. Bern, Uri, Freiburg, Solothurn, Graubünden, Tessin, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Baselland. Schwyz behielt sich das Protokoll offen. Es ist anzunehmen, daß diejenigen unter den elf Ständen, welche 1839 für den französischen Münzfuß sich erklärt hatten, dieses Mal aber dem

vorstehenden Antrag nicht bestimmten, nur darum zurückblieben, weil sie die Festsetzung des Münzfußes als eine Sache der Gesetzgebung betrachtet wissen wollten. Hiernach wären durch den Beitritt von Uri und Graubünden, die elf Stände von 1839 auf dreizehn angewachsen im Jahr 1848.

Ein weiterer Antrag wurde von Zürich gestellt, dahin gehend: entweder das dritte Lemma des obigen Artikels ganz zu streichen, oder wenigstens die Worte darin wegzulassen: „den Münzfuß festzusetzen, die vorhandenen Münzen zu tarifyren.“

In letzter Beziehung bemerkte der Antragsteller: „der erste Absatz des Artikels enthalte bereits Alles Nöthige; wenn dem Bunde die Ausübung aller im Münzregale begriffenen Rechte zustehe, so werde er auch diejenigen Bestimmungen treffen können, welche der dritte Absatz näher ausführe.“

„Es enthalte aber das erwähnte Lemma eine bedenkliche Bestimmung, daß nämlich nur ein Münzfuß für die ganze Schweiz eingeführt werden müsse, während es auch der eigenthümlichen Lage der Schweiz zusagen könnte, zwei Systeme anzunehmen, nämlich das Franken- oder Dezimalsystem für die westlichen Kantone und den Guldenfuß für den Osten der Schweiz.“

„Es sollte mithin der künftigen Bundesgesetzgebung in keiner Weise vorgegriffen werden.“

Mit diesem Antrag war die Frage einer Trennung der Schweiz in zwei Münzgebiete — die bereits in den Konferenzen von 1834 und 1837 erhoben worden war — vor das Forum der verfassungsgebenden Behörde gebracht.

Zu dem Hauptantrage — die vollständige Streichung des dritten Lemma betreffend — stimmte Zürich allein.

Zu dem Unterantrag — Streichung der Worte „den Münzfuß festzusetzen, die noch vorhandenen Münzen zu tarifyren“ — stimmten Zürich, Solothurn, Thurgau und Baselstadt.

Eine überwiegende Mehrheit wollte also in die Bundesverfassung den Grundsatz der Einheit und Gleichförmigkeit des Münzfußes für die ganze Schweiz niederlegen wissen, und der Hinblick auf diese Abstimmung dürfte genügen, den neulich wieder erhobenen Vorschlag einer münzgebietlichen Trennung zu beseitigen und außer Diskussion zu stellen.

Nachdem die Bundesverfassung von 1848 in Kraft erwachsen war, und als die daraus hervorgegangenen neuen Behörden zur Verwirklichung neuer Einrichtungen auf dem materiellen Gebiete schritten, mußte nothwendigerweise der unregelmäßige Zustand des Münzwesens als erster Stein des Anstoßes im Wege sich zeigen. Bei der Ausarbeitung von Zoll- und Posttarifen bildete die Verschiedenartigkeit der Währungen kein geringes Hinderniß, das man freilich umging, aber nicht beseitigte. Die Ungleichheit der in den verschiedenen Theilen der Schweiz kursirenden Münzsorten oder die Abweichungen in den Werthungen derselben, drohte für die zu errichtenden eidgenössischen Kassen zu einem gefährlichen Element der Verwirrung sich zu gestalten, sowie dadurch auch der Grundsatz der Gleichförmigkeit der Besteuerung verletzt wurde.

Es sah sich daher die Bundesversammlung bereits am 30. Juni dieses Jahres genöthigt, eine provisorische Münzverfügung zu erlassen, laut welcher, bis zur Einführung eines allgemeinen schweizerischen Münzfußes, die eidgenössischen Kassen sich nach den bestehenden, gesetzlichen Währungen der betref-

fenden Kantone zu richten haben. Jeder Kanton soll dagegen von der Bundeskasse auch wieder in seiner eigenen Währung ausbezahlt werden für die ihm zufallenden Zoll- und Postenschädigungen. Zugleich beschloß aber die gesetzgebende Bundesbehörde:

„Bis zum nächsten Zusammentritt der Bundesversammlung hat der Bundesrath geeignete Anträge über die Einführung eines allgemeinen schweizerischen Münzfußes an die Bundesversammlung zu bringen.“

Die Grundsätze zu entwickeln, auf welche solche Anträge sich stützen sollen, und nachher diese Lehtern zu formuliren, ist der Zweck der nachfolgenden Theile gegenwärtiger Arbeit.



II.

Wenn in allen Ländern die Münzfragen, ihrer eigenthümlichen Verwicklungen halber, von mehr als gewöhnlich schwieriger Lösung gewesen sind, so ist das sicherlich am meisten der Fall in der Schweiz. Schon die traditionelle Erfolglosigkeit aller Bestrebungen auf diesem Gebiete macht, daß man mit einem gewissen Mißtrauen, mit einem Mangel an Zuversicht und Entschlossenheit dasselbe betritt. Es wurde zwar behauptet, die Münzstände Süddeutschlands, vor der Errichtung der Konvention von 1838, hätten an Zerrüttung die schweizerischen übertroffen; die Richtigkeit dieses Urtheils darf aber in Abrede gestellt werden. Die Staaten, welche in der erwähnten Konvention zur Regulirung ihres Münzwesens sich vereinigten, hatten nur zweierlei Rechnungsmünzen: den Gulden und den Thaler. Freilich war der sächsische Thaler ein verschiedener vom preussischen. Allein ganz Süddeutschland besaß doch im Kronengelde, und der größere Theil Norddeutschlands in der preussischen Währung, ein allgemeines, gleichartiges Zahlungsmittel. In der Schweiz hingegen herrschen dormalen mindestens sechs- bis siebenerelei Rechnungsmünzen und eine noch viel größere Anzahl Währungen, nach welchen das Geld gleichen Namens an einem Orte nicht das Nämliche bedeutet wie am andern. Von effektiven Münzen kursiren bei uns, außer den vielartigen eigenen, noch diejenigen unserer sämtlichen Nachbarländer: französisches, süddeutsches, österreichisches Geld. Und je nach den üblichen Geldsorten, welche begreiflicherweise fast überall die der zunächst liegenden Grenzstaaten sind, haben sich für den Geldverkehr Verhältnisse und Gewohnheiten gebildet, die jeder Aenderung instinktiv

und auf's hartnäckigste widerstreben. Die mit den bestehenden und gewohnten Geldsorten verketteten Interessen sind es vorzüglich, welche eine Reform und die Verwirklichung der Einheit im Münzwesen erschweren werden. In jener Vielartigkeit der herrschenden Münzfüße liegt wohl der hauptsächlichste Beweggrund zur Reform; es besteht darin aber nicht die besondere Schwierigkeit derselben, denn die Unbequemlichkeit des nothwendigen Uebergangs wird für jeden Einzelnen doch nur eine sein.

Die Nothwendigkeit der Münzreform darf hier als ein Gegebenes angenommen werden, welches nicht mehr bewiesen zu werden braucht. Der äußere Zweck derselben, nämlich Einheit des Münzsystems für die ganze Schweiz, ist in der Bundesverfassung festgesetzt und daher gleichmaßen als außer Frage gestellt zu betrachten. Wenn aber Einheit erlangt werden soll, so muß die Vielheit aufhören; das Besondere muß im Allgemeinen aufgehen, nach einem unbestreitbaren natürlichen Gesetz. Jeder muß erwarten, daß in den Allen zu gut kommenden Vortheilen des gemeinschaftlichen Zweckes, er hinlängliche Entschädigung finden werde, für die von ihm verlangten Opfer. Ueberaus schwer sind im vorliegenden Fall diese Opfer nicht; es handelt sich weit weniger um wirkliche Interessen als um Gewohnheiten und Ansichten.

Dieses vorausgestellt, darf die Untersuchung auf einen freieren Standpunkt sich erheben und bei den Erörterungen über die Wahl des für die Schweiz passendsten und empfehlenswerthesten Münzsystems, weniger augenblickliche Konjunkturen als den relativen Werth der vorgeschlagenen Systeme unter sich, berücksichtigen.

Die mehr oder minder großen Schwierigkeiten der Einführung werden zwar auch ein beachtenswerthes Moment sein; auf der andern Seite soll jedoch nicht übersehen werden dürfen, daß die Zweckmäßigkeit und Haltbarkeit des zu errichtenden Werks eine noch wichtigere Bedingung ist. Wenn tiefeingreifende, manche Verhältnisse störende Aenderungen vorgenommen werden, so finden die Opfer, welche sie auferlegen, nur darin ihre Rechtfertigung, daß nach Ueberwindung der Unbequemlichkeiten des Uebergangs ein Gewinn sich zeige und die Lage eine wesentlich vorzüglichere sei als zuvor.

Es kann auch bei der Untersuchung, zu welcher hienit geschritten wird, sich nicht darum handeln, eine Reihe der verschiedensten Münzsysteme zu prüfen und das Beste darunter zu erforschen. Eben so wenig darf ein neues, besonderes System konstruirt werden. Der Kreis für die Wahl ist bereits umgrenzt, und es wäre ein zweckloses, unfruchtbares Beginnen, denselben erweitern zu wollen. In der That, bei allen offiziellen und andern Erörterungen über das Münzwesen, ist es als unbestrittener Grundsatz anerkannt worden, daß die Schweiz in ihren Münzeinrichtungen ihren Nachbarn sich anpassen müsse. Die Streitfrage war bloß diejenige, ob es möglich sei, ein System zu bilden, welches mit den beiden hauptsächlichsten der an unsern Grenzen herrschenden Münzfüße harmoniren und als Uebergang oder Vermittlung zwischen denselben dienen könnte. Und seitdem die Unausführbarkeit dieses Projekts dargethan und dasselbe sogar von seinen Urhebern aufgegeben worden ist, beschränkt sich der Streit darauf, welchen der beiden erwähnten Münzfüße — den süddeutschen oder den französischen — die Schweiz zu dem ihrigen machen solle.

Die weitere Frage, in welcher Form dieses Letztere zu geschehen habe, ob nämlich die schweizerischen gewohnten Formen gerettet und mit dem Wesen des anzunehmenden fremden Münzfußes in Uebereinstimmung gebracht werden müssen, oder ob es besser sei, ein neues Münzsystem in allen seinen Theilen, also auch in seiner Form und in seinen Benennungen sich zu eigen zu machen, — diese Frage kann füglich eine untergeordnete heißen. Zuerst wird es sich um das Wesen handeln, um die Wahl zwischen dem Gramme und der kölnischen Mark, zwischen dem Fünffrankenstück und dem Gulden. Und wenn hierin entschieden sein wird, mag alsdann die Untersuchung an die Reihe kommen, ob, zur Verminderung der Schwierigkeiten des Uebergangs, die Eintheilung in Schweizerfranken und Bagen beizubehalten sei, ob entweder der fünfunddreißigste Theil eines Fünffrankensstückes oder der fünfzehnte Theil eines Guldens den Namen „Bagen“ bekommen solle, oder ob mit dem Gulden der Kreuzer, mit dem Fünffrankenstück der Centime in dem schweizerischen Münzsysteme ihre Stelle finden werden.

Im Jahr 1832, als ein allgemein schweizerisches Münzsystem berathen und in den Entwurf zur Bundesverfassung niedergelegt wurde, war von dem süddeutschen Gulden noch keine Rede; der Kronenthalerfuß zu $24\frac{1}{2}/_{100}$ fl. auf die feine kölnische Mark herrschte in Süddeutschland unter dem Namen eines fl. 24 Fußes, den das Publikum zu besitzen glaubte. Sogar St. Gallen hatte kurz vorher diesen Pseudo-Vierundzwanzigguldenfuß in gutem Glauben in seine neue Verfassung aufgenommen, obgleich seit vierzig Jahren Jedermann in einer um $2\frac{1}{4}\%$ schlechtern Währung Zahlungen leistete und empfing.

Diese und andere Unvollkommenheiten des deutschen Münzsystems wurden damals aufgedeckt und trugen wahrscheinlich dazu bei, daß die östlichen Kantone dem Projekt einer allgemeinen schweizerischen Münzreform keinen sehr bedeutenden Widerstand entgegensetzten. Ohne Rückhalt war jedoch die damalige Zustimmung jener Kantone nicht; denn wegen dem Protest von St. Gallen mußte aus dem Entwurf die sehr wesentliche Bestimmung der Reduktion alter Geldverträge in den neuen Münzfuß gestrichen werden. Deutschland — nämlich diejenigen Staaten desselben, welche den Zollverein bilden — hat seitdem, im Jahr 1838, seine Münzreform bewerkstelligt, und es ist nicht zu läugnen, daß dieselbe, obgleich bei Weitem nichts Vollkommenes, doch anerkennungswerthen Erfolg gehabt, und daß das Beste erreicht worden ist, was unter den obwaltenden Umständen erwartet werden durfte. Die sämmtlichen kleinern und größern süddeutschen Staaten besitzen nunmehr ein gemeinschaftliches, sehr gut ausgeprägtes Zahlungsmittel, welches mit demjenigen Preußens und Sachsens in einem bequemen Verhältniß — 7 zu 4 — steht. Deswegen genügt aber der süddeutsche Gulden in den zum Münzverbanne gehörigen Thalerstaaten keinen gesetzlichen Kurs; er verliert sogar dort bei der Ausgabe. Dafür hat sich hingegen diese Sorte vortrefflich in das schweizerische Bagensystem hineingefunden. Nicht sowohl die Sorglosigkeit der Regierungen ist des Eindringens der Gulden anzuklagen, wodurch der Münzfuß eines großen Theils der Schweiz um mehr als 1 % verschlechtert worden ist; sondern es muß dieß vielmehr einem zufälligen Umstande zugeschrieben werden, der freilich keine Wirkung gehabt hätte gegen ein wohl eingerichtetes Münzsystem. Jene Münzsorte, bei einem runden, dem Ver-

sehr sehr bequemen Nennwerthe, hat nämlich im Gehalt einen Minderwerth, dessen Betrag nicht bedeutend genug ist um am einzelnen Stück beachtenswerth zu scheinen, wobei aber der Geldhändler, welcher auf Summen spekulirt, hinlänglichen Vortheil zu finden vermag. Deswegen, als die Gulden erschienen, zog man sie sofort nach der Schweiz, und kaufte vermittlest derselben die werthvollern französischen groben Sorten auf, von denen man, im kleinen Verkehr wenigstens, bald keine mehr sah. In den östlichen Kantonen war das Verhältniß ein ganz verschiedenes. Dort hatte man keine Verschlechterung des Münzfußes zu beklagen; die Einführung der Gulden übte die nämliche Wirkung aus wie in Süddeutschland selbst, zu dessen Münzgebiet jener Theil der Schweiz von jeher gehört hatte. Die östlichen Kantone haben an den vortheilhaften Resultaten der Münchenerkonferenz den gleichen Gewinn gefunden wie die Staaten des deutschen Münzvereins selbst; ihre Währung ist nicht verändert, sondern nur konsolidirt und verbessert worden. Ein hinlänglicher Grund für dieselben, gegenwärtig fester als im Jahr 1832 daran zu halten.

Für die ganze Schweiz ist aber durch das Eindringen der Gulden die Gestalt der Münzverhältnisse eine verschiedene geworden von derjenigen im Jahr 1832, und wenn der dormalige faktische Zustand allein maßgebend sein dürfte für die Bestimmung der Zukunft, so würde der deutsche Münzfuß wohl das Uebergewicht in der Waagschale besitzen. Andere, tiefer liegende Gründe verdienen jedoch Erwägung, wenn es sich darum handelt, einen Schritt zu unternehmen von so folgenreicher Wichtigkeit. Allerdings ist das Bestehende ein beachtenswerthes Moment bei jeder vorzunehmenden Reform; allein der Grad von Berücksichtigung, welchen es ver-

dient, hängt doch immer von seinem relativen Werthe ab. Zugegeben, daß es thöricht wäre, zu weitgreifenden Aenderungen zu schreiten, einem zwar positiven Vortheil zu lieb, dessen Gewinn aber unter dem Verhältniß der zu überwindenden Schwierigkeiten stünde, so wird man doch anderseits nicht bestreiten, daß, wo die Unerträglichkeit des herrschenden Zustandes eine Reform nothwendig macht, es wohl der Fall sein kann, Bestehendes in Frage zu stellen. Und dieses um so eher, wenn das fragliche Bestehende in illegitimer Weise sich eingeschlichen hat und noch weit davon ist, ein historisches Recht sich erworben zu haben. Man pflegt freilich, von einem sogenannten „praktischen“ Standpunkte aus, vor „Theorien“ zu warnen. Wenn das Wort Theorie in seinem wahren Sinne nichts Anderes bedeutet, als die Erforschung des natürlichen Ganges der Dinge, die Kenntniß der Bedingungen, nach denen Wirkung an Ursache, Resultate an Thatfachen sich knüpfen, so sind solche Warnungen zurückzuweisen. Praxis ohne Theorie ist nur ein plan- und gedankenloses Handeln, ein Einerschreiten ohne zu wissen wohin. Und diese Sorte von „Praxis“, welche am zunächst Gegebenen sich anklammerte und die Folgen davon dahingestellt sein ließ, ist es gerade, die im Münzwesen uns so trostlose Zustände bereitet hat. In den nämlichen Fehler zu verfallen, und das Bestehende anzunehmen und gutzuheißen, aus keinem andern Grunde als weil es einmal besteht und weil es Ueberwindung kostet davon zu lassen, wird jetzt wieder von verschiedenen Seiten angerathen, und nach diesen Meinungen wäre allerdings eine weitere Untersuchung überflüssig. Wenn die Macht der herrschenden Verhältnisse so gewaltig ist, daß nichts übrig bleibt, als sich zu fügen, so wäre es eitle Mühe nach dem Bessern zu forschen. Allein

jene Verhältnisse liegen nicht außer dem Bereich des menschlichen Willens; sie haben sich gebildet auf bekanntem, unserer Einwirkung offenem Wege; sie sind entstanden, zwar nicht durch unser Zuthun, aber durch unser Zulassen. Und auf dem gleichen Wege, wie sie sich gebildet haben, ist es möglich sie zu modifiziren oder zu vertauschen, wenn die Nothwendigkeit davon in die Ueberzeugungen gedrungen ist und man zweckbewußt die Mittel zu wählen versteht. Es ermangelt durchaus der Begründung, wenn behauptet wird, die Wahl eines Münzsystems sei für die Schweiz nicht mehr frei; innert gewissen Grenzen ist sie es unbedingt; nichts darf aber versäumt werden, diese Wahl aufzuklären und von den verschiedenen Bahnen, die sich öffnen, zu zeigen, wohin sie führen.

Der Grad von Vorzüglichkeit eines Münzsystems wird bestimmt durch das Zusammentreffen einer Anzahl Bedingungen verschiedener Natur, worin der Maßstab zu suchen ist für die Vergleichung konkurirender Systeme. In erster Linie muß von einem Münzsystem verlangt werden: Zuverlässigkeit der Geldsorten in denen das selbe verkörpert ist; für die Schweiz — bei ihrem nach allen Richtungen sich erstreckenden Handel — ist überdies die ausgedehnteste Gangbarkeit der zu wählenden Geldsorten ein sehr wesentlicher Punkt der Berücksichtigung. Das Vorhandensein der letztern Eigenschaft impliziert übrigens die Erfüllung der erstgenannten Bedingung; eine Geldsorte, die nicht alle Gewähr der Zuverlässigkeit darbietet; wird nie zu einer ausgebreiteten Zirkulation gelangen. Hingegen ist es möglich, — und thatsächliche Beweise hievon liegen im Gulden vor, — daß eine in Beziehung auf Vollkommenheit der Prägung und Genauigkeit des Gehalts untadelhafte Münzsorte dennoch nur ein sehr beschränktes Umlaufgebiet gewinnt.

Die Münzen eines großen, handels- und industriereichen Landes, sowie auch die Geldsorten eines seit lange bestehenden Systems werden bekannter und überall beliebter sein, als diejenigen eines kleinern verkehrsärmern Staates, dessen Münzsystem noch ein neues ist. Eine gangbare Münze besitzt aber, bei gleichem innern Gehalt, mehr Werth als die minder bekannte, weil die Erstere leichter anzubringen ist, sogar gesucht wird, während die Letztere, da wo sie keinen Zwangskurs hat, oft nur gegen Verlust Abnehmer findet. Deshalb wird ein Land, das keine eigenen Münzen für den großen Verkehr prägt, sondern seinen Bedarf an Geld vom Ausland kaufen muß, sein Augenmerk dahin zu richten haben, daß es diejenigen Münzsorten für seine Zirkulation sich sichert, die es bei seinem auswärtigen Handel am vortheilhaftesten wieder verwenden kann. In diesen Hinsichten besitzt aber, von den beiden konkurirenden Münzsystemen, das französische entschiedene Vorzüge vor dem süddeutschen. Was die technische Beschaffenheit der Münzsorten betrifft, so ist zwar nicht zu läugnen, daß die Prägung des Guldengeldes eine gelungenere, schönere heißen kann als diejenige der französischen Stücke. Allein das ist nur ein äußerer Vorzug, der nicht weiter reicht als bis zum Auge. In Beziehung auf die Zuverlässigkeit des Gehalts läßt sich gegen die französischen Münzen um so weniger einwenden, als ihre allgemeine Beliebtheit und Gangbarkeit das beste Zeugniß hiefür ablegt. Das Fünffrankenstück ist eine Weltmünze, welche nicht nur in Europa, sondern in allen überseeischen Ländern mit Vortheil in Zirkulation gebracht werden kann; es verdrängte überall den spanischen Piaster, der früher das allgemeine internationale Zahlungsmittel bildete. Der süddeutsche Gulden hin-

gegen — außerhalb der Grenzen seines eigenen Münzgebiets, zu dem jetzt freilich ein Theil der Schweiz gehört — ist kaum bekannt und nur mit Verlust anzubringen. Im größern Theile von Deutschland selbst, ist derselbe eine fremde Münzsorte. Eine peremptorische Thatsache, wenn es sich um die Vergleiche zwischen dem Gulden und dem Fünffrankenstück handelt, ist sicherlich die folgende. Der Gulden, nach Frankreich gebracht, wird nirgends, selbst auf den Grenzen nicht, höher zu verwerthen sein, als zu Fr. 2. 10, während sein innerer Gehalt Fr. 2. $12\frac{1}{10}$ gleich kommt; also mit einem Verlust von 1 Prozent. Das Fünffrankenstück in Deutschland hingegen ist gesucht zu fl. 2. $21\frac{3}{4}$ und gilt sogar zeitweise fl. 2. 22, wie man aus jedem Frankfurter Kursblatt sich überzeugen kann. Der erstere Kurs bildet die Parität von 501, der letztere von 502 Centimes; Fünffrankenthaler in Deutschland gewinnen also $\frac{1}{5}$ bis $\frac{2}{5}$ Prozent.

Der vorstehenden Thatsache gegenüber — auch wenn sie für sich allein bestünde — sollte kein Zweifel mehr bestehen, welchem Systeme die Schweiz sich anzuschließen habe, dem süddeutschen oder dem französischen. Es geht klar daraus hervor, daß dasjenige Quantum Silber, aus welchem unsere Zirkulation besteht, über ein Prozent mehr werth ist unter dem französischen Gepräge als unter dem deutschen. Auf der Summe unserer Zirkulation macht diese Differenz mehr als eine Million aus; sie bezahlt sich allerdings nicht auf einmal; allein so oft die Schweiz in den Fall kommt, französische Valuta mit ihrem süddeutschen Gelde sich verschaffen zu müssen, erneuert sich der Verlust. Einen bedeutenden Theil unserer Konsumtionsartikel aller Art beziehen wir aus Frankreich oder über Frankreich; Paris ist, unter den ausländischen

Wechselplätzen, derjenige, wo bei Weitem die größten Geldumsätze der Schweiz stattfinden. Es ist ein Irrthum, wenn behauptet wird, unser Geldverkehr mit Deutschland überwiege den mit Frankreich; diese Behauptung ist eben so unrichtig, als wenn man vorgeben wollte, der Kapitalienumsatz von St. Gallen und Zürich sei bedeutender, als der von Genf, Neuenburg und Basel. Wenn man Piemont einrechnet, welches ebenfalls dem französischen Münzsystem huldigt, so steht auch der Waarenverkehr mit Deutschland erst in zweiter Linie. Nimmt nun die Schweiz den süddeutschen Münzfuß an, und ihr zirkulirendes Medium ist der Gulden, so wird bei jeder Transaktion mit Frankreich, wo der Gulden in französisches Geld umgewandelt werden muß, wie bereits erwähnt, ein Verlust entstehen, vergrößert durch die nothwendig dazu kommenden Geldwechslergebühren. Setzt man aber den umgekehrten Fall, das Zahlungsmittel der Schweiz sei das Fünffrankenstück, so wird sie, im Verkehr mit Deutschland, zu dem Kurs von fl. 2. $21\frac{3}{4}$ bis fl. 2. 22, die Differenz von $\frac{1}{5}\%$ bis $\frac{2}{5}\%$ zu ihren Gunsten haben; ja es ist mit Sicherheit vorauszu sehen, daß alsdann bei unsern süddeutschen Nachbarn sehr bald ein Abusus-Kurs von fl. 2. 22 fr. für den Fünffrankenthaler sich bilden werde. In diesem Falle aber dürften die östlichen Kantone ihren Geldverkehr auf vortheilhaftem Fuß betreiben als bisher; wenn sie auch genöthigt sein werden, aus Deutschland das Fünffrankenstück zu dem gleichen Kurs im kleinern Verkehr zurückzunehmen, zu welchem sie es ausgeben, so sind sie stets im Stand aus Frankreich sich dasselbe wohlfeiler wieder zu verschaffen. Man darf diese Richtung noch weiter verfolgen. Jener nämliche Abusus-Kurs von fl. 2. 22 für das Fünffrankenstück, welcher für Süddeutschland

vorauszusehen wäre, im Falle, daß die Schweiz zum französischen Münzfuß überträte, müßte im umgekehrten Falle in der Schweiz selbst sich bilden, wenn nämlich diese letztere den 24½ Gulden-Fuß annähme. Bereits gegenwärtig wird in der westlichen Schweiz, im kleinern Verkehr, der Fünffrankenthaler zu 35½ Bagen, also zu fl. 2. 22 angenommen, und diese neue Abusivwerthung verbreitet sich stets weiter. Es darf mit Bestimmtheit vorausgesetzt werden, daß sowohl bei einer Fortdauer des gegenwärtigen Status quo als bei einer legalen Einführung des süddeutschen Guldenfußes die Verbreitung des Fünffrankenthalers zu 35½ Bagen oder zu fl. 2. 22 schnelle Fortschritte machen würde; es wäre dieß eine neue Verschlechterung des Münzfußes um $\frac{3}{7}$ %.

In beiden Alternativen ist nicht zu zweifeln, daß das französische Geld das deutsche wieder von unserm Boden verdrängen wird. Hieraus geht aber hervor, daß die Einführung des fl. 24½ Fußes in der Schweiz einen bereits entwickelten Keim der Zerstörung mit sich zur Welt brächte, und daß diejenigen nicht weit genug blickten, welche mit der Annahme des gegenwärtig schlechtesten Münzfußes das Einreißen von Abusivkursen einz für allemal abgeschnitten glauben.

Bei den vorstehenden Erörterungen ist vorausgesetzt, daß Niemand daran denke, einen Münzfuß einführen oder aufrechtzuerhalten zu wollen, vermittelst Verböten und Strafen. Solche Mittel haben als durchaus unzulänglich sich erwiesen, sogar in Zeiten, wo den Regierungen eine weit größere materielle Macht zu Gebote stand als jetzt. Ein System, das nicht in sich selbst die Elemente des Bestandes findet, ist ein verfehltes und muß aufgegeben werden, und wo Abusivkurse, der Krebs aller unvollkommenen Münzsysteme, sich zeigen, ist fast immer

etwas versäumt worden. Abusivkurse sind wie Schmarogerpflanzen; an einer festen, glatten Oberfläche vermögen sie keine Wurzeln zu fassen, in der kleinsten Riß nisten sie sich aber ein. Darum erheischt die Konstruktion oder die Wahl eines Münzsystems die sorgfältigste, gewissenhafteste Prüfung; denn Fehler auf diesem Gebiete rächen sich wohl unvermeidlich, sind aber selten mehr gut zu machen.

Eine weitere Bedingung der Vorzüglichkeit eines Münzsystems, welche den zweiten Punkt der unternommenen Vergleichung zwischen dem süddeutschen und dem französischen System bildet, ist die Gewähr für Bestand. Schon die gegenwärtigen Erörterungen an sich selbst sind ein greifbarer Beweis der Schwierigkeiten, welche Aenderungen oder Uebergänge im Münzwesen begleiten. Und die Wiederkehr solcher lästigen und stets nachtheiligen Krisen zu vermeiden, dadurch, daß das anzunehmende System möglichst zuverlässige Elemente der Dauerhaftigkeit enthalte, ist wohl eine der wichtigsten Rücksichten bei münzpolitischen Unternehmungen. Wenn in jener Beziehung die Vergangenheit als eine Gewähr für die Zukunft angenommen werden mag, so darf erinnert werden, daß das französische Münzsystem seit bald sechzig Jahren besteht, und noch nie ist ein Vorschlag erhoben worden, dasselbe zu ändern. Wohl aber haben wir gesehen andere Länder — Belgien, Piemont, Parma, — sich dasselbe aneignen, so daß es gegenwärtig über eine Bevölkerungszahl von fast fünfzig Millionen herrscht. In Deutschland selbst ist die Zahl der Anhänger desselben nicht gering, und der Anschluß ist schon wiederholt und von wichtigen Seiten empfohlen worden.

Daß die Annahme des süddeutschen Münzfußes in Frankreich oder in Belgien vorgeschlagen worden wäre,

davon liegen keine Anzeigen vor. Es besteht dieser fl. 24 1/2 Fuß übrigens erst seit elf Jahren — nachdem er freilich unter dem falschen Namen eines fl. 24 Fußes seit vierzig Jahren regiert hatte. Seine Herrschaft erstreckt sich nicht weiter als über Süddeutschland, mit einer Bevölkerung von zehn Millionen Seelen. Er wird also uneigentlicherweise „Reichsfuß“ genannt; denn sein Gebiet umfaßt kaum einen Vierteltheil des deutschen Reichs. In Preußen und Sachsen, obgleich diese Staaten der Münzkonvention angehören, ist der bayerische oder der württembergische Gulden kein gesetzliches Zahlungsmittel; in Hannover, den Hansestädten, sowie in Oesterreich, noch viel weniger.

Auch in Deutschland zeigt sich das Ringen nach Einheit als ein hervortretendes Element der gegenwärtigen politischen Kämpfe. In wie weit dieses Bedürfnis auf Erfüllung hoffen darf, ist hier der Ort nicht zu untersuchen; allein man kann annehmen, daß selbst das geringste Maß, welches zu erwarten steht, über das Gebiet der materiellen Interessen sich erstrecken und also auch das Münzwesen umfassen wird. Es ist wohl einer der nächstliegenden und ungefährlichsten Wünsche des wiedererwachenden Nationalgefühls, daß die Verkehrs- schranken im eigenen Lande fallen und daß wenigstens im allgemeinen Tauschmittel die Einheit verwirklicht werde. In diesem Fall werden aber drei Münzsysteme bei der Wahl konkurriren, wenn nicht etwa die Errichtung eines neuen, vierten vorgezogen wird. Zu der kosmopolitischen Träumerei eines Weltmünzfußes, welche von dem abgetretenen nordamerikanischen Finanzminister angeregt wurde, dürften die praktischen deutschen Staatsmänner sich kaum versteinen, sonst möchte der in Deutschland

schon oft vorgeschlagene Anschluß an das französische System der einfachste Weg nach jenem Ziele sein.

Die drei hauptsächlichsten der bestehenden Münzfüße in Deutschland sind folgende:

Der österreichische fl. 20 Fuß, dessen Gebiet umfaßt 37 Millionen Menschen;

Der preussische 14 Thalerfuß, dessen Gebiet umfaßt 20 Millionen Menschen;

Der süddeutsche fl. 24 1/2 Fuß, dessen Gebiet umfaßt 10 Millionen Menschen.

Es dürfte wohl vergebene Mühe sein, nach den eigenthümlichen Vorzügen zu fragen, welche dem fl. 24 1/2 Fuß, als dem schwächsten und von keinem großen Staate vertheidigten, den Triumph bei einer stattfindenden Wahl in Aussicht stellen könnten. Wohl aber ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß er weichen und untergehen muß, sobald die rückgekehrte Beruhigung Deutschlands zu Münzreformen Zeit und Raum gönnen wird. Und auch in dem Falle würde er untergehen, und zwar noch schneller, wenn der politische Zeretzungsprozeß, wovon einzelne süddeutsche Staaten Symptome zeigen, weiter um sich greifen, und, nach dem wahrscheinlichen Gang der Dinge, zu einer Assimilation mit einem der beiden größern Reiche führen sollte. Was würde dann das münzpolitische Loos der Schweiz sein, die mit Opfern aller Art dem ephemeren System sich angeschlossen hätte? Die Opfer wären vergeblich gebracht worden, und alle Unbequemlichkeiten und Widerwärtigkeiten des Uebergangs wären von Neuem durchzumachen.

Noch ein weiterer Punkt dürfte hier Beachtung verdienen, der wichtiger ist als er dermalen scheinen mag. Preußen hat seit langen Jahren Papiergeld, aber nicht

im Uebermaß, und die vortreffliche Finanzverwaltung dieses kräftigen Staats gewährt alle Garantie für dessen Solidität. Allein die kleinern Staaten Süddeutschlands sind in der neuesten Zeit durch die Noth auch auf die schiefe Fläche der Papiergeldemissionen gedrängt worden. Die Kammern von Württemberg und Baden haben am Anfang dieses Jahres, trotz hartnädigem Widerstande ihrer finanziellen Autoritäten, Papiergeld mit Zwangskurs dekretirt, zwar in mäßigen Summen; allein zur Stunde weiß Niemand, ob der erste Schritt nicht einen zweiten nach sich ziehen wird. Ein Land, welches das Münzsystem dieser Staaten zu dem seinigen machte, das ihrem Münzgebiet gewissermaßen sich einverleiben würde, vermöchte kaum von diesem gefährlichen Umlaufmittel sich frei zu halten und übernahme damit einen Theil der unverzinslichen Staatsschuld jener Länder, zu einer Zeit, wo die verzinslichen Papiere derselben immer noch weit unter Pari stehen. Man wird hier einwerfen, Frankreich habe seinen Banknoten auch Zwangskurs gegeben; es ist dieß richtig; allein die französische Bank ist eine reiche, sehr gut verwaltete Anstalt, welche in baar oder in sonstigen Valuten effektive Kapitalien besitzt, die zur Deckung jener Noten eigens bestimmt sind und den Betrag davon weit übersteigen. Das deutsche Papiergeld hingegen beruht einzig auf dem Staatskredit. Der geringste Nennwerth der französischen Banknoten beträgt übrigens Fr. 100; sie werden also nie in den kleinern Verkehr dringen und so gefährlich werden wie deutsche Fünf-Gulden oder Thalerscheine.

Nach so gewichtigen Vorzügen des französischen Münzsystems vor dem süddeutschen, welche aufgezählt worden sind, ist es kaum am Plage, noch eines, in manchen Augen so untergeordneten, zu erwähnen, wie desjenigen

der bequemern Rechnungseintheilung. Man darf zugeben, daß eine sechszigtheilige Münzeinheit nicht ohne gewisse Vortheile ist, beim kleinen Verkehr; die allgemein bequemere Rechnungsweise wird aber stets die hunderttheilige bleiben, welche in Frankreich, in Nordamerika, Holland und in Rußland gilt. Und im vorliegenden Falle sollte es auch erlaubt sein, hervorzuheben, daß fast die ganze Schweiz mit dem Dezimalsystem vertraut ist, während nur in einigen wenigen Kantonen die Kreuzerrechnung im gewöhnlichen Leben ausschließlich herrscht. Wenn also ein Münzsystem gewählt werden soll, in welches das Volk bald sich hineinzufinden vermag, so darf es nicht dasjenige sein, welches drei Vierteltheilen der Schweiz unbekannt ist, es darf nicht dasjenige sein, welches vom Dezimalsystem, dessen Einführung in das Münzwesen als ein Fortschritt gefeiert wurde, und zum sechszigtheiligen zurückführte. Es ist freilich vorgeschlagen worden, das Dezimalsystem des Schweizerfrankens beizubehalten für den mit der Guldenrechnung nicht vertrauten Theil der Schweiz, und bloß den Münzfuß in ein übereinstimmendes Verhältniß mit dem süddeutschen zu bringen; die östlichen Kantone dagegen sollten bei dem Gulden verbleiben. Dieser Vorschlag steht aber im Widerspruch mit dem von der gesetzgebenden Behörde wiederholt sanktionirten Grundsatz der Einheit und Gleichförmigkeit des Münzsystems für die ganze Schweiz.

Wenn aber zweierlei Systeme nicht zulässig sind, so muß zu der Wahl desjenigen von beiden geschritten werden, welches als das in den wichtigsten Beziehungen vorzüglichere erkannt worden ist. Als solches geht aber aus den vorstehenden Untersuchungen das französische Münzsystem hervor, dessen Annahme demnach der Schweiz, bei ihrer bevorstehenden Münzreform, zu empfehlen sein möchte.

Es bleibt nun noch ein Punkt zu erörtern, welcher bis zur Erledigung der Hauptfrage ausgestellt werden ist, die Frage nämlich: ob mit der Annahme des einen oder des andern der beiden konkurrirenden Systeme auch die Formen, Eintheilungsverhältnisse und Benennungen des gewählten einzuführen seien; oder ob es zweckmäßiger wäre, zur Verminderung der Schwierigkeiten des Uebergangs, die bestehende schweizerische Münzeinheit beizubehalten und dem betreffenden neuen Münzfuß anzupassen. Der letztere Vorschlag ist von beiden Seiten, von den Anhängern beider Systeme gemacht worden. Es muß hier unterschieden werden zwischen Wesen und Form. Ein Schweizerfranken von $36\frac{3}{4}$ auf die kölnische Mark oder zu $\frac{2}{3}$ Gulden ist, bei Gleichheit des groben Zahlungsmittels, dem Wesen nach der fl. $24\frac{1}{2}$ Fuß; die beidseitigen Münzen mögen verschiedene Eintheilungen haben, der Gulden mag $1\frac{1}{2}$ Franken oder der Franken $\frac{2}{3}$ Gulden heißen, so stehen sie beide in einem Ableitungsverhältnis zu der gleichen Grundlage, der kölnischen Mark. Ebenso ein Schweizerfranken zu $6\frac{3}{7}$ Grammen fein Silber gegenüber dem französischen Franken. Die letztere Münzeinheit ist allerdings eine verschiedene; allein auch hier wieder besteht die nämliche Grundlage, der Gramme, sowie ein einfaches gegenseitiges Reduktionsverhältnis. Das grobe Zahlungsmittel in beiden Systemen ist das Stück von 25 Grammen Silber $\frac{2}{10}$ fein, hier $3\frac{1}{2}$ Franken, dort Fünffrankenstück benannt. Und an dem groben Zahlungsmittel haftet der Münzfuß, nicht aber an den Unterabtheilungen. Indem man nun die Uebereinstimmung mit demjenigen Münzsystem, an das man sich anschließen will, auf die beidseitigen gröbern Sorten beschränkt, den Begriff der Münzeinheit aber und die Unterabtheilungen unverändert läßt, so werden,

dem Wesen nach, alle die Vortheile erlangt, welche der Anschluß an ein festes Münzsystem darbieten kann. Zugleich wäre die Abweichung vom Bestehenden eine so geringe, daß der Uebergang auf kaum fühlbare Weise von Statten gehn würde. Das Volk gewöhnt sich leicht an neue Münzen, schwer aber an eine neue Rechnungsart und vielleicht noch schwerer an einen Tausch der Münzeinheit, welche seinen Werthmaßstab bildet und in seinen Begriffen viel tiefer wurzelt als man glauben möchte. Diesen Schwierigkeiten einer Umgestaltung auszuweichen, war der leitende Gedanke bei der im Jahr 1834 konföderalweise bewerkstelligten Maß- und Gewichtsreform. Man behielt die gewohnten Maßeinheiten — Fuß, Pfund u. s. w. — bei, und änderte daran nur soviel, als es bedurfte, um sie mit dem metrischen System in ein einfaches, genaues Verhältniß zu bringen. Der Erfolg war kein unbefriedigender.

Bei einer Münzreform mögen indeß noch andere Erwägungen in Betracht kommen. Die Münze ist zugleich Werth und Werthmaß; sie zirkulirt, und Abweichungen vom Normalmaß, welche sich einzubringen wissen, pflanzen aus einer Hand in die andere sich fort. Deswegen muß ein Münzsystem noch viel besser verwahrt und befestigt sein, als ein sonstiges Maßsystem, und bei der zu unternehmenden Reform handelt es sich wirklich weniger darum, daß sie mit möglichst geringen Schwierigkeiten zu Stande komme, als daß es eine vollständige sei und ihr Resultat Dauer verspreche. In dieser Beziehung aber liegt die Besorgniß nicht fern, es möchte mit der Beibehaltung des Bagens auch der Mißbrauch des Guldens nicht zu entwurzeln sein, und wenn das Letztere nicht gelänge, so müßten alle übrigen Maßnahmen und Opfer vergeblich heißen. Unser Münzwesen

bliebe verwirrt; das Ziel der Reform wäre gänzlich verfehlt. Dieser Gefahr vorzubeugen, gibt es freilich kein anderes Mittel, als das vollständige Aufgeben der alten Formen, unter deren Schutz das Uebel eingedrungen ist und seinen Keim in die neuen Einrichtungen übertragen würde. Das französische Münzsystem ist in seinen Abtheilungen mit dem süddeutschen unverträglich, führt also die erwähnte Gefahr nicht mit sich. Es steht kaum zu besorgen, daß der Gulden, dessen innerer Werth Fr. 2. 12 gleichkömmt, einen Kurs von Fr. 2. 15 in der Schweiz gewinnen werde, während er in Frankreich nicht mehr als Fr. 2. 10 erlangt. Jenes um so weniger, als Fr. 2. 15 keine hinlänglich runde Werthung sind, um dem Einschleichen eines solchen Abswinkurses Vorschub zu leisten. Diese Gründe sprechen dafür, daß der Schritt ganz gethan und das französische Münzsystem nicht nur in seiner Grundlage, sondern auch in seinen Formen und Abtheilungen angenommen werde.

Die hiedurch vermehrten Schwierigkeiten des Uebergangs wolle man sich nicht verhehlen; indessen, die menschliche Natur ist so beschaffen, daß sie zuweilen in ganz Neues und Fremdartiges leichter hinein sich findet, als in kleine Abänderungen des Gewohnten. Diese psychologische Wahrnehmung mag geeignet sein, übermäßige Besorgnisse zu beschwichtigen.

Mit der vorstehenden Bemerkung soll jedoch die Frage der Ausführbarkeit des in der gegenwärtigen Schrift begründeten Vorschlags keineswegs abgemacht sein. Es wäre eine wesentliche Lücke dieser Arbeit, wenn sie über die Proteste hinweggehn wollte, welche, wie von jeher so auch diesmal, aus den östlichen Grenzkantonen gegen allgemein schweizerische Maßnahmen im Münzwesen erhoben worden sind. Allerdings besitzt unter den neuen

eigenthümlichen Verfassungsformen der Widerstand einzelner Stände nicht mehr die Kraft, alle Reformbestrebungen zu vereiteln; ein Beschluß, welcher mit Stimmenmehrheit von der gesetzgebenden Bundesbehörde gefaßt wird, hat jetzt legale Geltung für das ganze Land. Jedoch hieße es auf lockern Boden bauen, wenn auf die bloße Grundlage eines Mehrheitsbeschlusses neue Einrichtungen gestützt werden wollten, gegen die von beachtenswerthen Seiten starke Abneigung ausgedrückt worden ist. Eine Lebensbedingung guter Gesetzgebung besteht überall darin, daß die Gesetze die Meinungen derer für sich haben, welche denselben sich unterziehen sollen. Und dieses ist besonders unerläßlich bei der Münzgesetzgebung, zu deren Unterstützung die sonst so bequemen Regierungshilfsmittel von Verböten und Strafen durchaus untauglich sind. Hiemit kann indessen nicht gemeint sein, daß die nun einmal allgemein als nothwendig anerkannte Reform unsers Münzwesens nur auf dem Wege der Vereinbarung und freiwilligen Zustimmung aller einzelnen Betheiligten stattfinden dürfe. Ein solches Ereigniß abwarten oder erringen zu wollen, hieße den gegenwärtigen Zustand auf ewig verlängern. Verschiedenheit der Ansichten und Interessen wird immer bestehen und Vorschläge nach jeder Richtung werden stets Bestrebungen nach entgegengesetzten Richtungen in ihrem Wege finden. Deswegen — und weil sonst alles gemeinschaftliche Handeln unmöglich, jedwede Thätigkeit eines Staats paralytisch wäre — bestehen Schranken, über welche hinaus der Widerstand gestörter Gewohnheiten und sogar verletzter Interessen aufhören muß. Mit der Machtvollkommenheit, solche Schranken aufzurichten, ist aber schwere Verantwortlichkeit verknüpft. Die gewissenhafteste Umsicht muß daher jeden Schritt des Gesetzgebers leiten. Maßnahmen

zu ergreifen und Gesetze zu dekretiren, ohne zuvor auf's Sorgfältigste und Gründlichste untersucht zu haben, ob die dawider sich sträubenden Interessen nicht geschont, die entgegenstehenden Meinungen nicht versöhnt werden können, würde ein Verkennen oder Mißachten aller moralischen Bedingungen legislatorischer Wirksamkeit sein.

Die schweizerische Münzgeschichte der vergangenen dreißig Jahre zeigt, wie der Gedanke der Einführung des französischen Münzfußes, von geringen Anfängen ausgehend, nach und nach in dem Grad Boden gewann, daß im Jahr 1839 elf Kantone, mit einer Bevölkerung von fast zwei Dritttheilen der Schweiz, als Anhänger desselben sich bekannten. Unter den übrigen elf Kantonen findet sich eine namhafte Zahl, deren Ansichten neutral heißen dürfen insofern, als denselben in erster Linie an der Einheit und Ordnung im schweizerischen Münzwesen liegt, die Wahl des Münzsystemes aber eine untergeordnete Frage für sie ist. Auf einen verschiedenen Standpunkt stellen sich die östlichen Grenzkantone, vornehmlich St. Gallen, von wo kompetente Stimmen sich erhoben haben, welche die Beibehaltung des süddeutschen Münzfußes zur Lebensfrage machen, während sie der Einheitsidee eine mindere Bedeutung zuzusprechen scheinen. Wenn Alles begründet wäre, was von dieser Seite eingewendet worden ist, so bestünde wirklich bei der Annahme des französischen Münzfußes keine andere als die traurige Alternative, entweder das Gesetz in den dortigen Gegenden unausgeführt zu lassen, oder aber durch dessen Ausführung jene Bevölkerungen in ihren Interessen auf das Empfindlichste zu verletzen. Wie oft aber hat man nicht gesehen, daß Ansichten und Gewohnheiten in den Augen derer, die daran hängen, die Gestalt wirklicher, materieller Interessen annehmen,

während die Folge bewies, daß man die Form mit dem Wesen, die Schale mit dem Kern verwechselt hatte. Auch im vorliegenden Fall scheint dieß zu geschehn. Es wird zwar Niemand bestreiten, daß unter den gegenwärtigen Umständen es für den Handelsstand von St. Gallen vortheilhafter ist, den süddeutschen Gulden zum Cirkulationsmittel zu gebrauchen, als den Fünfsfrankenthaler. Sogar in Basel, in Bern, in Aarau und Zürich ist dieses in der letzten Zeit anscheinend, und für die Einzelnen im kleinern Verkehr wirklich, der Fall gewesen, weil eben der Gulden überwerthet war, verhältnismäßig mehr galt im kleinern Verkehr als die französische Münze. Die Ursache des Vorzugs, den man in der centralen und West-Schweiz dem Gulden gab, lag aber keineswegs darin, daß dieser Letztere in der That ein vortheilhafteres Geld gewesen wäre als die französischen Sorten; im Gegentheil, denn im Verhältniß des leichtern Münzfußes stiegen alle Preise, und im Verkehr mit dem Ausland erlitt man noch einen weitem, positiven Verlust durch den schlechtern Kurs des Guldens auf dem allgemeinen Geldmarkt. Es hat sich auch hier, wie allemal bei'm Einreißen von Abususkursen, gezeigt, daß unter gewissen Umständen, ein an und für sich unvortheilhafteres Geld das vortheilhaftere verdrängen kann. Dieser Zustand ist aber ein falscher, unwahrer, nachtheiliger, welcher aufhören muß, sobald die Verhältnisse wieder ihre richtige Grundlage gewinnen.

Es fragt sich nun, in Betreff des Ostens der Schweiz, dessen Verhältnisse allerdings keine falschen sind wie die so eben berührten der Westschweiz, ob die Auflösung seiner münzpolitischen Verbindung mit Süddeutschland nur gegen so bedeutende Opfer zu erlangen wäre, daß der Preis ein zu hoher, sowie ein unerschwinglicher

heissen müßte für die Verwirklichung der schweizerischen Münzeinheit. Auf die in andern, freilich den persönlichen Interessen entrückten Regionen so oft und so gerne geltend gemachte Berufung auf das Nationalitätsgefühl mag man sich hier nicht stützen; obgleich ein Prinzip, dem die Kraft abgeht aus der Gefühlswelt in die wirkliche herunterzusteigen; der wünschbaren Intensität zu ermangeln scheint. Es darf sogar zugegeben werden, daß die münzpolitisch zerrissene Schweiz auch in Zukunft fortbestehn könnte, wie sie bis dahin bestanden hat; und daß der Gedanke der eidgenössischen Einheit im Münzwesen, als ein für spätere Zeiten aufzubewahrendes Ideal, ohne Gefahr für unsere Existenz beseitigt werden dürfte. Betrachtungen, welche über diese Seite der Frage anzuspinnen wären, liegen indessen, wie erwähnt, außerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Darstellung, die sich im engsten Kreise des materiell Praktischen zu bewegen hat. Und in der letztern Richtung nimmt man den oben angeknüpften Faden wieder auf.

Außer dem vielfach Nachtheiligen einer Störung der Gewohnheiten sind es ihre Verkehrsverbindungen mit Deutschland, auf welche vornämlich die östliche Schweiz hinweist, um zu zeigen, daß durch das Zerreißen dieser Letztern die Interessen ihres Geldverkehrs auf die schädlichste Weise verletzt würden. Seit langen Jahren mit den Münzverhältnissen der süddeutschen Nachbarn aufs Engste verbunden, haben die Verkehrsrichtungen und das Geldwesen jener Kantone, besonders St. Gallens, demgemäß sich ausgebildet. Augsburg, Stuttgart, auch Frankfurt sind die Plätze, wo sie ihre Wechsel verwerthen, und woher sie die benötigte Baarschaft beziehen. Die Einführung des französischen Münzsystems würde diesen Verbindungen einen Stoß geben; denn Augs-

burg und Stuttgart, meint man, seien wohl befähigt, Gulden und Brabanterthaler, nicht aber französische Geldsorten zu liefern. Die Folge des Aufgebens des fl. 24½ Fusses würde — der von jener Seite ausgesprochenen Besorgniß nach — diese sein, daß die Ostschweiz die für ihren Verkehr benötigten Baarschaften in Zukunft nur mit Verlust herbeizuschaffen im Stande wäre. Verlust in irgend einem Falle entsteht nur aus Minderwerth; auf dem Zirkulationsmittel, dessen ein Land sich bedient, wird dieses Letztere nur dann verlieren, wenn es dasselbe beim Einnehmen theurer bezahlen muß, als solches bei der Ausgabe wieder verwendet werden kann. Wenn der Beweis geleistet zu werden vermöchte, daß dieser Fall eintreten müßte, sobald das Fünffrankenstück den Platz des süddeutschen Guldens einnähme in der Zirkulation der östlichen Schweiz, so wären jene Besorgnisse unwiderleglich gerechtfertigt. Thatfachen oder Gründe, die als solche Beweise gelten können, sind aber bis zur Stunde noch nicht vorgebracht worden. Es hat Niemand dargethan, daß Silber, in der Form von Fünffrankenstücken nach St. Gallen gebracht und in der gleichen Form im Verkehr mit dem Ausland wieder verwendet, ein nachtheiligeres Resultat herzustellen müßte, als das gleiche Silber in Gulden geprägt. Von der Bank von St. Gallen ist, bei Anlaß der Münzfrage, die Summe ihrer Geldbezüge aus Deutschland bekannt gemacht worden. Es erreicht dieselbe, nach einem eilfjährigen Durchschnitt, ungefähr fl. 2,800,000 im Jahr. Angenommen, dieses Institut empfangen nur den Drittheil der gesammten Geldeinfuhr jener Gegend, welche demnach — gewiß hoch gegriffen — fl. 8,400,000 im Jahr betragen möchte, so ist von keiner Seite bewiesen worden, daß dieser Bedarf, in Fünffrankenstücken

herbeigeschafft, einen Verlust von $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ %, von fl. 21,000 oder fl. 42,000 alljährlich bringen müßte. Um höhere Differenzen, beiläufig bemerkt, handelt es sich hier kaum. Es kann nun allerdings in keinem Fall die Rede davon sein, der Ostschweiz die Zumuthung zu stellen, das Ideal schweizerischer Münzeinheit mit jährlichen fl. 42,000 oder selbst nur fl. 21,000 zu bezahlen. Dessen bedarf es auch nicht.

Der Zug des süddeutschen Geldes, seit dasselbe mit seinem Abwärtskurs die Schweiz erobert hat, nimmt seine Richtung von Osten nach dem Westen. Die Wechsel auf Paris, London, Hamburg, New-York u. s. w. der St. Gallischen und Appenzellischen Fabrikanten werden in Frankfurt, in Augsburg und Stuttgart verwerthet, oder die Deckungen auf diese letztern Plätze daselbst einkassirt, und von der Baarschaft, welche dafür in die Schweiz kommt, gelangt ein Theil in die westlichen Kantone. Diese Richtung ist, unter den gegenwärtigen Umständen, eine ganz naturgemäße. Es wird aber kaum Jemand behaupten, daß, unter veränderten Umständen, die umgekehrte Richtung eine minder naturgemäße, nachtheiligere wäre. Augsburg, Frankfurt und Stuttgart sind nicht die einzigen Wechselplätze, mit denen die Ostschweiz in Geldverkehr treten kann! Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß, mit der Einführung des französischen Münzfußes, das, näher gelegene Zürich ebenso gut zum Wechselplatz und Baarschaftbehälter für die östliche Schweiz sich eignen würde, als die erwähnten deutschen Städte. Zürich hatte im Lauf des gegenwärtigen Dezenniums, mehrere Jahre lang, das Fünffrankenstück zum fast ausschließlichen groben Zahlungsmittel, wovon es sich stets genügenden Zufluß zu verschaffen wußte. Von Zürich allein würden die östlichen

Kantone übrigens nicht abhängig sein; ihre Verbindungen mit Süddeutschland wären keineswegs abgeschnitten, im Gegentheil könnten dieselben, unter Umständen, noch vortheilhafter als jetzt sich gestalten. Es ist nämlich eine bekannte Thatsache, daß das Fünffrankenstück, welches in ganz Europa Kurs und Verbreitung hat, besonders in der Levante, sowie in den Seehäfen des adriatischen Meeres, in bedeutenden Quantitäten zirkulirt. Von diesen findet, durch den ostdeutschen und den österreichischen Handel, ein namhafter Theil seinen Weg nach dem Westen zurück. Nun darf, gewiß nicht unbegründeter Weise, vorausgesetzt werden, daß diese Sorten, welche auch aus andern Kanälen, stets auf den ost- und mitteldeutschen Handelsplätzen sich sammeln, zu einem mindestens ebenso vortheilhaften Preis nach der östlichen Schweiz zu liefern wären als die süddeutsche Landesmünze. Daß solches bis dahin nicht geschehen ist, und jene Münzen vielmehr eine andere Richtung einschlagen als über St. Gallen, ist begreiflich, weil bei der bestehenden Werthung derselben auf dem letztern Platz sie allerdings Verlust bringen müßten. In jener entgegen gesetzten Weise aber, würde der Ostschweiz für ihren Baarschaftbedarf und Wechselverkehr nach allen Seiten die Wahl offen stehen; von jedweder günstigen Konjunktur vermöchte sie Nutzen zu ziehen, während gegenwärtig ihre Geldverhältnisse von den erwähnten zwei oder drei deutschen Plätzen gänzlich abhängig sind.

Daß mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, mit der Einführung des Fünffrankenthalers in der östlichen Schweiz werde diese Sorte in Süddeutschland einen entsprechenden festen Kurs gewinnen, ist schon 1833 von einem schweizerischen Münzschriftsteller dargethan worden. Und es darf beigefügt und wiederholt werden, daß hin-

gegen die Einführung des 24½ fl. Fußes in der Schweiz keine andere Folge haben könnte, als die allgemeine Verbreitung des Abusivkurses von fl. 2. 22 für den Fünffrankenthaler, auch in den östlichen Kantonen, mit andern Worten, die Verdrängung eben dieses Geldes, das man beizubehalten sucht.

Wirkliche Interessen der östlichen Schweiz, welche durch die Einführung des französischen Münzsystems verletzt werden könnten, sind keine im Spiel; was sich sträubt und widersteht, sind allein festgewurzelte Gewohnheiten, deren Aufgeben allerdings kein geringes Opfer sein wird. Allein ohne Opfer Einzelner sind noch nie gemeinsame Zwecke erreicht worden. Und im vorliegenden Falle fragt es sich bloß: wer diese Opfer bringen soll, die Mehrheit oder die Minderheit. Soviel ist gewiß, daß die Einführung des süddeutschen Münzfußes, wenn sie möglich wäre, der westlichen Schweiz nicht nur Gewohnheiten, sondern positive, materielle Nachteile zum Opfer auferlegen würde. Sie erhielte eine Münze, welche sie stets nur mit namhaftem Verlust in ihrem Verkehr mit Frankreich und Piemont verwenden könnte, während, im entgegengesetzten Falle, die Ostschweiz im Fünffrankenthaler, ein für ihren deutschen Verkehr vorthellhaftes Tauschmittel bekäme.

Möge man dieß Alles erwägen, von Vorurtheilen sich frei machen, und die anscheinenden Unmöglichkeiten verschwinden. Selbst bei dem günstigsten Erfolge wird übrigens Niemand voraussetzen, daß die gänzliche Umgestaltung des in den Gewohnheiten so vielfach verwurzelten Münzwesens leicht und ohne Schwierigkeiten mancherlei Natur, von Statten gehn werde. Indessen unsere Zeit bildet schnell. Es geschieht unserm Lande Unrecht, wenn man dasselbe in dieser Beziehung mit dem

Mailändischen vergleichen will, wo dem geringen Grad von Volksbildung es zugeschrieben werden muß, daß die stattgefundenen Veränderungen zur Verwirrung statt zur Einheit geführt haben. Gerade diejenigen Gegenden der Schweiz, welche von der Umgestaltung des Münzwesens im vorgeschlagenen Sinne am meisten in ihren hergebrachten Rechnungsgewohnheiten gestört würden, stehen auf einer Stufe der Schulbildung, die einen Uebergang sehr erleichtern wird, womit in frühern Zeiten allerdings fast unübersteigliche Schwierigkeiten verknüpft gewesen wären. Darum, wenn die schweizerische Münzreform mit Einsicht vorbereitet, von gutem Willen unterstützt und mit Energie durchgeführt wird, so darf man auf das Gelingen zählen, und die guten Folgen für Alle werden nicht lange ausbleiben.

III.

Das Geschäft der Verwirklichung der schweizerischen Münzreform wird aus zwei besondern Theilen bestehen. Es muß einerseits das alte Münzwesen aufgehoben, andererseits ein neues Münzsystem errichtet und in's Leben geführt werden. Für den hiebei einzuschlagenden Gang ist der Plan zu entwerfen, sowie auch die finanziellen Opfer zu bemessen sind, welche die Erfüllung der vorgesetzten Aufgabe kosten mag. Ueber diese Punkte sollen die nachstehenden Untersuchungen sich erstrecken.

Vor Allem wird es zu dem vorgebachten Zwecke erforderlich sein, einen möglichst klaren Blick in die gegenwärtigen materiellen Zustände des schweizerischen Münzwesens sich zu verschaffen. Eine Darstellung derselben wird nicht nur die Ausdehnung des Uebels anschaulich machen, unter dessen Druck die Schweiz seit Jahrzehnten — man darf sagen seit Jahrhunderten — leidet, sondern es ist auch der einzige Weg, um einen Maßstab zu gewinnen für die Größe und die Lasten des zu unternehmenden Werkes.

Bei allen Berathungen neuerer Zeit über münzpolitische Maßnahmen wurde die Nothwendigkeit einer namhaften Verminderung der übermäßigen Scheidemünz-cirkulation als selbstredend anerkannt, aber es fehlte stets an den erforderlichen Materialien, um nur zu einer annähernden Schätzung der Ausdehnung dieser sogeheißenen „Landplage“ zu gelangen. Es ist bereits erwähnt worden, wie die gründliche Expertenkommission von 1837 ihrem Berichte die Klage voranstellte, daß sie sich genöthigt sehe, ohne alle Hülfsmittel eine Arbeit zu unternehmen, die, mehr als jede andere, sicherer Grundlagen bedürfe. Sie hob den gänzlichen Mangel

hervor an authentischen und genauen Verzeichnissen sämmtlicher, von allen Ständen geschlagener und noch kursirender Münzen, nebst deren Gehalt in Schrot und Korn, und Angaben über ihren jetzigen Zustand; welche Masse davon vorhanden und was dieselben wirklich werth seien. Und in der That, eine erspriessliche Untersuchung der schweizerischen Münzverhältnisse konnte niemals möglich sein ohne jene Elemente. Das eidgenössische Finanzdepartement nahm daher die Zeit wahr, um einem ähnlichen Mißstand bei den zukünftigen Erörterungen der Münzfrage vorzubeugen, und richtete schon am Anfange dieses Jahres an die Stände eine Anzahl Fragen, deren genaue und erschöpfende Beantwortung — wenn solche erhältlich gewesen wäre — alles erforderliche Material zur Erforschung der Sachlage geliefert haben würde. Daß einzelne Eingaben bis Ende Augusts sich verzögerten, mag hier kein Grund zur Klage sein; die verspätet eingelangten zeichneten sich dafür durch Ausführlichkeit aus. Aber die weitaus größte Zahl der Berichte erwies sich von trostloser Unvollständigkeit, und die Auffassung der gestellten Fragen hatte in bunter Weise stattgefunden. Den Faden durch dieses Labyrinth zu finden, einen Ueberblick zu gewinnen bei solcher Lückenhaftigkeit und solchem Mangel an allem Zusammenhang war eine Aufgabe, welche annähernd gelöst zu haben wohl eine zu kühne Voraussetzung ist.

Die gestellten Fragen betrafen im Wesentlichen:

1. Die Summen der stattgehabten Prägungen und die Qualität derselben.
2. Die Summen der vorgenommenen Einschmelzungen und Umprägungen.
3. Die Angabe der kursirenden eigenen und andern

Münzsorten nach den Sorten oder nach ihrer Tarification, sowie allfälliger Abusivkurse.

Während einige Kantone, wie namentlich Bern und Tessin, dann auch Genf, Basel, Zürich, Waadt und Freiburg, genaue Angaben über die geprägten Sorten lieferten, erscheinen die Mittheilungen anderer Regierungen, wohl meistens weil es ihnen an Material dazu gebrach, im höchsten Grade mangelhaft. Von der Verantwortung der bei einer gänzlichen Umgestaltung des schweizerischen Münzwesens untergeordneten Fragen, über Tarif- und Kursverhältnisse, darf hier abgesehen werden; sie laufen alle darauf hinaus, daß neben den bestehenden, sehr verschiedenartigen gesetzlichen Geldkursen, in fast allen Kantonen der süddeutsche Gulden zu dem Abusivkurs von fl. 2 für Fr. 3 sich einzudrängen wußte.

Von eigentlich wesentlicher Bedeutung für die vorliegende Frage sind diejenigen Punkte, welche den materiellen Zustand der dormaligen schweizerischen Geldzirkulation einheimischen Ursprungs betreffen. Hier treten nun die nachtheiligsten Mängel und Lücken hervor. Aus der Zeit vor 1796 fehlen fast alle Daten, obgleich die Zahl der zirkulirenden Münzen aus jener Epoche keine geringe ist. In Betreff dieser Sorten blieb nichts übrig, als auf ungefähre Beobachtungen Annahmen zu begründen. Von materiell bedeutend größerer Wichtigkeit wären aber Angaben aller seit 1800 geprägter Sorten, nebst Nachweisungen über die stattgefundenen Einsmelzungen gewesen. Allein auch hier begegnet man wesentlichen Mängeln. Abgesehen von den fehlenden Gehaltangaben der geprägten Sorten, bei fast allen vorhin nicht angeführten Kantonen, wo es etwa nur heißt, daß die Münzen „vermuthlich“ auf dem Fuße der entsprechenden

Bernergeldstücke geprägt worden seien, haben nur sehr wenige, auch der erwähnten Kantone, den Beweis geliefert, daß die geschehenen Prägungen auch in der That vorgeschriebener Weise vor sich gegangen, durch Mittheilung der zu den Mischungen verwendeten Metallquantitäten. Ausnahmen hievon bilden Luzern und St. Gallen. Ersteres lieferte in Beziehung auf seine Silberscheidemünzen einige Angaben über die Masse des verwendeten Metalls, allein ohne die Ziffer der daraus erhaltenen Münzmasse, welche man auf dem Wege der Berechnung suchen mußte. Von den Bagen- und Halbbagenprägungen Luzerns, die nach aufgefundenen Angaben in den Konfordsprotokollen von 1825 auf nicht weniger als Fr. 300,000 angeschlagen werden dürfen, theilt hingegen die sonst ausführliche Eingabe dieses früher so münzlustigen Standes weder ein Wort, noch eine Ziffer mit. Der zweite der vorerwähnten Kantone, St. Gallen, liefert zwar Belege zu seinen Prägungen; während sich aber hier und da Irrthümer darin nachweisen lassen, erscheint auch im begleitenden Bericht Schrot und Korn sehr verhüllt und unzuverlässig angegeben. Ein dabei angeführter sehr günstig lautender Erfundbericht St. Gallischer Goldschmiede stimmt ganz und gar nicht überein mit den Belegen zu den Prägungen, und diese letztern stehen wieder um ein Merkliches unter den Resultaten stattgefundenener Einsmelzungen, — welche letztere Differenz sich freilich aus der Abnutzung der betreffenden Münzen erklären läßt.

Ob die Angaben über die Masse der in den verschiedenen Kantonen seit 1800 ausgeprägten Sorten vollständig sind, bleibt ungewiß; eine offenbare Lücke zeigt sich nur bei Luzern, in Beziehung auf die angeführten Bagen- und Halbbagenprägungen. Mehrere Kantone

geben aber an, daß in gewissen Zeiträumen gewisse Geldsorten geprägt worden seien, ohne deutlich zu sagen, daß sonst keine Prägungen stattgefunden haben. Für die Epoche vor 1800 mußten, wie erwähnt, meistens Hypothesen aufgestellt oder Analogien benutzt werden. In ersterer Weise sind die Zürcher-, Luzerner- u. a. Schillinge so gut wie möglich veranschlagt. Bei den groben Silberforten, sowie beim Gold, ist solche Ungewißheit von nicht viel Belang, weil diese Münzen nach ihrem Nennwerth, nur auf dem angenommenen Fuße von 7 Schweizerfranken, gleich 10 französischen Franken, einen namhaften Mehrgehalt nachweisen, und daher bei einer Einlösung nach obigem Fuße vielmehr vom Publikum eingeschmolzen als ausgewechselt würden. Mit einer beträchtlichen Summe dieser Sorten ist solches bereits geschehen, und die angenommene Ziffer von Fr. 200,000 für die noch in Zirkulation befindlichen, welche sich auf die geringhaltigern Stücke von Luzern und Appenzell bezieht, mag leicht zu hoch gegriffen sein. In Gold dagegen zeigen sich wohl hie und da Münzen von Zürich, welche aber in die beiliegende Zusammenstellung nicht aufgenommen worden sind, weil Zürich in seinem Berichte annahm, diese Sorten befänden sich nicht mehr im Verkehre. Auf die größte Genauigkeit in Beziehung auf die Goldsorten ist übrigens, aus bereits angeführten Gründen, weniger Gewicht zu legen, weil besonders diese von geringem oder gar keinem Einfluß auf die Kosten der vorzunehmenden Münzreform sind.

Die Vollständigkeit der Angaben über die stattgefundenen Einschmelzungen scheint noch zweifelhafter zu sein, als es bei den Prägungen der Fall ist. Schon die vielfach vorgekommene Verwechslung der Fragen über „Einschmelzung“ und über „Umprägung“, vermindert

sehr die Gewähr für Genauigkeit der geschehenen Nachforschungen. Auch hier mußte sich also mit Muthmaßungen beholfen werden.

Die vorstehenden Bemerkungen bezwecken lediglich den Maßstab der Zuverlässigkeit zu geben der Elemente, aus welchen eine Uebersicht des materiellen Theils der gegenwärtigen schweizerischen Münzverhältnisse zusammengestellt werden konnte. Das Ergebniß dieses Versuchs einer Zusammenstellung sind die fünf beiliegenden Tabellen, zu deren Erläuterung folgende weitere Bemerkungen dienen mögen:

Tab. 1 A und 1 B

enthalten, die erstere in Beziehung auf die Gold- und Silberforten, die letztere für die Villon- und Kupferforten:

1. was aus den Kantonalberichten entnommen werden konnte, über Prägungen und Einschmelzungen;
2. daraus hergeleitet, die muthmaßlichen Summen der gegenwärtig in Zirkulation befindlichen Münzen.

Die Ziffern der letztern Kolonne entsprechen nicht immer denjenigen der erstern, und zwar aus dem bereits erwähnten Grunde der Unvollständigkeit der Angaben über Prägungen sowohl als Einschmelzungen, welche durch muthmaßliche Annahmen so gut wie möglich ergänzt oder berichtigt werden mußten. Am Fuß dieser Tabellen sind die Summen bemerkt, welche durch Umprägung mit dem Konfordsstempel von 1825 versehen worden sind.

Aus den vorstehenden beiden Tabellen entwickelt sich in

Tab. II.

der innere Werth jener verschiedenen Münzen, nach den Sorten zusammengestellt, und zwar die im Ge-

halt gleichartigen zusammengefaßt, wobei die obwaltenden Lücken ebenfalls wieder nach Wahrscheinlichkeiten — sei es auf die Epoche der Prägungen oder auf andere Analogien gestützt — ergänzt worden sind. Bei den Zusammenstellungen war der Silbergehalt maßgebend; es mögen daher einige Sorten vorkommen, bei denen, bei gleichem Silbergehalt, der Kupfergehalt abweichend ist. Da dieß aber nicht von Bedeutung sein kann, so wurde der muthmaßliche Durchschnitt angenommen. Das Korn (Feingehalt) ist angegeben in Tausendtheilen, das Schrot (Rohgewicht) nach der Anzahl der Stücke auf die alte französische Mark. Eine Reduktion dieser letztern Kolonne in metrisches Gewicht ließ die gedrängte Zeit nicht mehr zu. Der Werth des Legirungsstoffs (Kupfer — bei alten Goldmünzen vielleicht noch etwas Silber) ist bei den groben Silber- und bei den Goldsorten unberücksichtigt geblieben; erst bei den eigentlichen Scheidemünzen unter $\frac{9}{10}$ fein kommt derselbe in Betracht. Aus diesen Metallverhältnissen findet sich denn der innere Gesamtwertb der zirkulirenden Sorten hergeleitet. Die Differenz zwischen dem normalen innern Werth und dem Nennwerth weist den bei der Prägung erhobenen Schlagschlag, beziehungsweise den normalen Verlust nach, welcher dann noch vergrößert wird durch die hinzutretende Gewichtsabnahme in Folge von Abnutzung. Die Norm zu der Berechnung dieses letztern Faktors ist nach Angabe stattgefundener Einschmelzungen von Bern, — welches überhaupt die schätzbarsten und verdankenswerthesten Materialien geliefert hat — ausgemittelt worden.

Während nun

Tab. III.

einen gedrängten Ueberblick über die beiden erstern Tabellen (I. A und B) gewährt, und die Summen darstellt,

welche in den verschiedenen Sorten, den Kantonen nach, im Umlauf sein mögen, so enthält

Tab. IV.

den gedrängten Zusammenzug von Tab. II, aber ebenfalls den Kantonen nach, wie Tab. III. Diese letzte Uebersicht zeigt in ihrer äußersten Kolonne, auf welche Beträge der Verlust bei der Einschmelzung sämtlicher Münzen für die einzelnen Kantone ansteigen könne.

Als summarisches Ergebniß der Ziffern dieser Tabelle stellt sich heraus, daß

die muthmaßliche Zirkulation schweizerischer Münzen aller Sorten, dem Nennwerthe nach, beträgt Schweizerfranken 8,822,000. 04.

In diesen Münzen soll, nach den Ausprägungsverhältnissen, an Metallwerth vorhanden sein:

Gold und Silber für Fr. 7,289,812. 63

Kupfer für . . . " 196,675. 81

Fr. 7,486,488. 44

Normaler Minderwerth, welcher bei der Ausprägung als Schlagschlag erhoben worden ist .

Fr. 1,335,511. 60

Diesem Betrag sind noch beizufügen

" 632,426. 21

für muthmaßlichen Verlust durch Abnutzung auf den zirkulirenden Münzen, so daß der muthmaßliche Totalverlust bei einer

Einschmelzung sich stellt auf . Fr. 1,967,937. 81

Dieser Verlust vertheilt sich wie folgt unter die verschiedenen Münzsorten:

Fr.	24,891.	85	auf den groben Silberforten.
"	348,245.	82	" " Silberscheidmünzen.
"	1,527,044.	97	" " Billonmünzen.
"	67,845.	17	" " Kupfermünzen.
Fr.	1,967,937.	81	

Es darf mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die Ziffer des wirklichen Verlusts um ein Namhaftes unter diesem Voranschlag bleiben wird. Bei den Ansätzen der Billonmünzen, auf denen bei Weitem die größte Summe des Minderwerthes lastet, hat man geflissentlich an die höchsten Annahmen sich gehalten. Uebrigens sind Fr. 1,335,511. 60, also zwei Drittheile der Gesamtsumme des Minderwerthes, keineswegs in die Kategorie eines Verlusts zu stellen. Jener Betrag wurde von den betreffenden Kantonen seiner Zeit als Schlagschatz erhoben und, während einer langen Reihe von Jahren, gleich einem unverzinslichen Anlehn benutzt. Die Rückerstattung davon ist nichts weiter als die Abtragung einer Schuld.

Indessen darf man sich nicht verhehlen, daß eine solche Leistung, unter den gegenwärtigen Zeitumständen, für manches Kantonalbudget eine harte Ausgabe wäre. Deshalb ist es nothwendig, finanzielle Kombinationen zu finden, wodurch Zeit gewonnen und jene Last auf eine Reihe von Jahren vertheilt werden kann. Bei frühern Plänen für Münzeinziehungen wurde eine Anzahl auf einanderfolgender Jahrestermine bestimmt, in welchen jedesmal ein festgesetzter Theil der betreffenden Münzen eingelöst und zernichtet werden sollte. Dieser Weg mochte passend erscheinen, so lange es sich nur um successive Verminderung der umlaufenden Scheidemünzen handelte. Bei einer durchgreifenden Umge-

staltung des Münzwesens aber darf der Verwandlungsprozeß nicht Jahre lang dauern. Die neue Münze muß rasch und unmittelbar an die Stelle der alten treten; beide längere Zeit neben einander zirkuliren zu lassen, würde die Verwirrungen und Schwierigkeiten des Uebergangs bis ins Unendliche vermehren. Im bevorstehenden Fall wird also eine andere Methode einzuschlagen sein, durch welche die nöthigen Mittel zur vollständigen Vervollständigung der Münzreform sofort herbeigeschafft, hingegen nach und nach wieder rückerstattet werden können. Zu diesem Ende wäre vorzuschlagen, die zur Deckung des Verlusts auf den einzuschmelzenden Kantonalenmünzen erforderliche Summe, gegen Obligationen der betreffenden Kantone, auf eine angemessene Zahl von Jahrestermen zu entleihen. Bei zehn solcher Termine würden die Kantone, jeder einzelne im Verhältniß seiner frühern Ausmünzungen, in ihrer Gesamtheit Fr. 200,000 jährlich aufzubringen haben; fürwahr ein mäßiger Loskaufspreis für die ganze auf einander gehäufte Masse fast eines Jahrhunderts begangener Münzsünden.

Nachdem hiemit der Boden erforscht, sowie die Mittel und Wege bezeichnet worden sind, um denselben auszubauen, wird der Plan zu entwerfen sein für die Errichtung des neuen Gebäudes. Zu dem Zwecke müssen vor Allem die Bedürfnisse und die zu stellenden Anforderungen ermittelt werden.

Die Schweiz — mit ihrem lebhaften Handel und ihrer bedeutenden Industrie — bedarf mindestens ein gleiches Verhältniß an Zirkulationsmitteln wie irgend ein anderes Land. Es darf sogar angenommen werden, daß ihr relativer Bedarf ein größerer ist; denn unser Kreditwesen befindet sich noch bei Weitem nicht auf der

Stufe von Ausbildung wie in andern Ländern, mit denen wir in Beziehung auf industrielle Entwicklung rivalisiren. Von England nicht zu reden, wo die Kreidteinrichtungen einen Grad von Vervollkommenung erreicht haben, daß selbst die Papierzirkulation auf ihr Minimum reduziert ist, befindet sich die Schweiz auch unter dem Verhältniß Frankreichs und Belgiens, wo der Umlauf von Banknoten auf Fr. 10 bis 12 per Kopf der Bevölkerung beträgt, während diese Ziffer in der Schweiz nicht weit über Fr. 3 hinausgeht. Freilich war die bisherige Verschiedenheit der Währungen ein sehr großes Hinderniß gegen ein kräftiges Emporkommen des schweizerischen Kreditwesens.

Das Maß des Bedürfnisses der Schweiz an Zirkulationsmitteln kann nur nach Analogien berechnet werden. Frankreich — das geldreichste Land — schlägt die Summe seines Silbermünzvorraths an auf ungefähr 3000 Millionen, was Fr. 90 auf den Kopf der Bevölkerung ausmacht. Dieser Maßstab wäre indessen viel zu hoch für die Schweiz, wo das Geld unstreitig rascher sich umsetzt, eine verhältnißmäßig kleinere Summe also eben so viel Dienste leistet, als dort eine größere. Der Betrag der Zirkulationsmittel in Deutschland mag auf Fr. 50 *) per Kopf anzuschlagen sein; dieser nämliche Betrag darf als die Ziffer des Bedarfs der Schweiz angenommen werden; zwar nicht, weil unsere Verkehrsverhältnisse analog sind mit denen von Deutschland; aber was die größere Handelsthätigkeit in der Schweiz mehr an Umlaufsmitteln erfordert, wird kompensirt durch die hier schnellere Bewegung derselben in den Verkehrskanälen. Zu Fr. 50 auf den Kopf, ergibt sich

*) Französische Franken, wie alle folgenden Angaben.

für die Schweiz eine Gesamtsumme des Bedarfs von 115 Millionen französischen Franken.

Die Hauptmasse der zirkulirenden Münzen bilden die groben Silbersorten. In Frankreich machen sie Fr. 85 aus; in Deutschland Fr. 42; für die Schweiz mögen ebenfalls Fr. 42 per Kopf, also im Ganzen 96½ Millionen angenommen werden.

Der Vorrath an reinen Silbersorten beträgt in Frankreich Fr. 4, in England Fr. 5. 35, in Preußen Fr. 7. 40 per Kopf. Die Schweiz bedarf eines starken Verhältnisses dieser Sorten, für die vielen Arbeitslöhne der Industrie. Die Ziffer von Fr. 6 wird also kein zu hoher Ansat sein, was einen Gesamtbedarf von 14 Millionen ergibt.

Die Billonmünze (Mischung von Silber und Kupfer, wobei das Letztere mehr als die Hälfte der Masse ausmacht) ist vom französischen Münzsystem ausgeschlossen, ebenso vom englischen. Deutschland hingegen besitzt solche in den Silbergroschen, sowie in den Sechs- und Dreikreuzerstücken. Genf hat dieselbe, mit der Einführung des französischen Münzsystems, auch angenommen. In Preußen beträgt die Zirkulation von Billonmünze 70 Cents per Kopf; die Verhältnisse in Süddeutschland waren nicht zu ermitteln. Da nun die preussischen Silbergroschen, welche den einzigen Haltpunkt für eine Analogie darbieten, von geringem Werthe sind (3½ Kreuzer), so dürfte für die Schweiz der Maßstab von 90 Cents per Kopf angenommen werden, wenn nach dem nachstehenden Vorschlag 25 Cents-Stücke geprägt würden — also zwei Millionen Gesamtbedarf.

Kupfermünze zirkulirt in Frankreich für ungefähr Fr. 1 per Kopf; in England für 17 Cents, und in

Preußen nur für 15 Cents. Der Maßstab der beiden letztern Länder ist für die Schweiz nicht brauchbar; in England sind die Preise fast aller Dinge höher, man bedarf also nicht so viel kleiner Werthzeichen; Preußen hingegen ist ein vorzugsweise ackerbaubendes Land, zum Theil noch mit feudalen Gebräuchen, wo der Arbeiter viel in Natura bezahlt wird. Es dürfte daher für die Schweiz das Maß von Fr. 1. 10 per Kopf anzunehmen sein, also eine Gesamtsumme des Bedarfs von $2\frac{1}{2}$ Millionen.

Die vorstehenden Ansätze zusammengestellt, erhält man folgende Summen für den schweizerischen Münzbedarf:

	per Kopf	Total
Grobe Silberforten	Fr. 42. —	96 $\frac{1}{2}$ Millionen.
Reine Silberforten	" 6. —	14 "
Billonmünzen	" —. 90	2 "
Kupfermünzen	" 1. 10	2 $\frac{1}{2}$ "
	Fr. 50. —	115 Millionen.

Die Frage entsteht nun, für welchen Theil und für welches Quantum dieses Bedarfs die Schweiz unmittelbar zu sorgen habe.

Es ist niemals vorgeschlagen worden, daß wir unsern Bedarf an groben Silbermünzen selbst ausprägen sollen. Und es wird dieß um so weniger als nothwendig erachtet werden, wenn wir einem Münzsystem uns anschließen, welches in einer Zirkulationsmasse von ungefähr 4000 Millionen *) verkörpert ist. Vorausgesetzt auch, daß die im französischen System gemünzten schweizerischen Fünffrankensstücke eben so allgemeinen Umlauf bekommen wür-

*) Französischer, belgischer und piemontesischer Münzen.

den wie die belgischen und piemontesischen Stücke dieser Sorte, die mit den französischen vermischt zirkuliren, so wäre der Vortheil eines solchen Unternehmens gering, die Schwierigkeiten aber wären groß. Frankreich münzt jetzt zu so wohlfeilem Preise ($\frac{3}{4}$ %), daß die Schweiz ihr Geld am vortheilhaftesten dort kauft, wobei ihr überdieß die Abnutzungskosten nicht zur Last fallen, welche denjenigen betreffen, dessen Stempel die Münze trägt. Indessen würde es doch kaum passend, nicht einmal rathsam sein, daß von der Hauptsorte des schweizerischen Zirkulationsmittels gar keine eigenen Exemplare existirten. Im Konkordatsentwurf von 1839 (Art. 7) war festgesetzt, es solle eine Anzahl von Fünffrankensstücken mit dem schweizerischen Stempel ausgeprägt werden, um als „Typen“ zu dienen. Auch Genf hielt es für zweckmäßig, bei seiner Einführung des französischen Münzsystems, für einen gewissen Betrag von jener Münzsorte schlagen zu lassen. Und da, wenn einmal die Anfertigung des Stempels, wozu die Schweiz vorzügliche Künstler besitzt, bezahlt ist, die übrigen Unkosten nicht mehr bedeutend sind, so dürfte der Vorschlag zur Prägung von $2\frac{1}{2}$ Millionen Franken, oder 500,000 Stück Fünffrankenthaler — $\frac{1}{30}$ des Bedarfs — kaum einen lebhaften Widerspruch erfahren.

Von den reinen Silberforten wird es zweckmäßig erachtet werden, ein stärkeres Verhältniß prägen zu lassen. Frankreich besitzt an dieser Sorte keinen Ueberfluß, und es wäre sehr lästig, wenn bei uns ein Mangel daran sich fühlbar machen sollte. Der Gesamtbedarf ist auf 14 Millionen veranschlagt; die auszuprägende Summe möchte auf 5 Millionen festzusetzen sein, in der Voraussetzung, daß französisches Geld das weitere Bedürfniß

ausfüllen werde. Die gegenwärtige Zirkulation entsprechender Schweizerarten beträgt zwar mutmaßlich nur ungefähr 4 Millionen franz. Fr.; allein es läuft daneben eine ansehnliche Masse fremder Münzen dieser Art um, wozu auch die einfachen Guldenstücke gerechnet werden müssen. Die reinen Silberarten sollen zugleich das vorhandene Uebermaß geringhaltiger Scheidemünze ersetzen. Es wird daher bei dem Einlösungsgeschäft darauf Bedacht zu nehmen sein, hinlängliche Vorräthe französischer reiner Silberarten bei der Hand zu haben. In Betreff der Ausmünzung wird vorgeschlagen, die französischen Bestimmungen zu befolgen, d. h. Fr. 2, 1 und $\frac{1}{2}$ Frankenstücke zu prägen; die $\frac{1}{4}$ Frankenstücke hingegen wären in Billon zu schlagen.

Das französische Münzsystem schließt, wie bereits erwähnt, die Billonmünzen aus. Der Grund hiervon liegt hauptsächlich in der früher sehr weit getriebenen Nachahmung solcher Sorten. Besorgnisse dieser Natur haben jedoch in heutiger Zeit einen bedeutenden Theil ihres Gewichts verloren durch die Bervollkommnung der Prägekunst. Sie könnten erst dann wieder ernsthafter werden, wenn solche kleine Münzen im Uebermaß ausgegeben würden, wo dann das Publikum die einzelnen Stücke nicht mehr zu untersuchen im Stande wäre. Billon- und Kupfermünzen sind der Nachahmung weniger ausgesetzt als grobe Sorten, so lange sie nur einzeln und nicht in Rollen zirkuliren; denn die Gefahr der Entdeckung ist dann fast noch größer, während der Gewinn viel geringer ist. In Beziehung auf die französischen Viertelfrankenstücke wird wohl Jedermann darüber einverstanden sein, daß diese Münze, ihrer Kleinheit wegen, unbequem ist für den Gebrauch. Diesem Nachtheil läßt sich nur ver-

mittelt einer stärkeren Legirung begegnen, wodurch die betreffende Münze, unbeschadet ihres vorschriftmäßigen Gehalts, ein größeres Volumen bekommt. Die deutschen Sechsz- und Dreikreuzerstücke sind eine sehr gefällige Billonmünze, welche füglich für das schweizerische Viertelfrankenstück, das im Werth ungefähr sieben Kreuzern gleichkommen wird, zum Muster genommen werden darf. Um aber im Dezimalwerth zu bleiben, wird der relative Feingehalt, statt zu $\frac{1}{3}$, wie bei der erwähnten deutschen Münzsorte, hier zu $\frac{300}{1000}$ vorgeschlagen. Der absolute Feingehalt wäre auf 1 Gramme Silber festzusetzen, also $\frac{1}{8}$ Gramme oder 11 % weniger als das dem Nennwerthe entsprechende Silberquantum. Dieser Abzug oder Prägeschlag, der übrigens durch den Werth des Legirungsstoffes um 2 %, also auf 9 % herabgebracht wird, findet seine Rechtfertigung in den verhältnismäßig höhern Prägekosten dieser Münzsorten, sowie in der Analogie des Prägungsmaßstabes der vorgedachten deutschen Billonmünzen. Die Legtern werden im fl. 27 Fuß geschlagen und im fl. 24 $\frac{1}{2}$ Fuß ausgegeben, was einen Schlagenschlag von 10 %, Legirungstoff abgerechnet von 8 $\frac{7}{8}$ %, herausstellt. Das Viertelfrankenstück, nach dem vorgeschlagenen Mischungsverhältnisse, würde im Volum um $\frac{1}{4}$ ungefähr größer werden, als das Sechzkreuzerstück; zu $\frac{350}{1000}$ fein würde es nur um $\frac{1}{12}$ größer, zu $\frac{400}{1000}$ etwas kleiner als die erwähnte Münze ausfallen, was beides nicht rathsam erscheint. — Von der Billonmünze muß die Schweiz begreiflicher Weise, ihren vollen Bedarf selbst prägen, und die Summe der Prägung würde demnach, laut dem obigen Voranschlag, 2 Millionen betragen.

Auf der niedersten Stufenreihe der Münzen stehen die Kupfersorten. Sie sind indessen nicht minder nothwendig als ihre werthvollern Geschwister, weil ganz

kleine Werthe nicht auf brauchbare Weise in Silber dargestellt werden können. In der Schweiz herrschte zwar bis dahin fast allgemein der Grundsatz, auch den geringsten Münzen, durch eine kleine Silberbeimischung, annähernd ihren Nennwerth effektiv zu geben. So sind die meisten Rappen noch etwas silberhaltig. Alle andern Staaten haben seit langer Zeit einem verschiedenen System gehuldigt und ihre geringern Münzen unter 10 bis 12 Cents aus reinem Kupfer geschlagen; es sind auch mehrfache Gründe vorhanden, daß die Schweiz diesem System sich anschließe. — Vor Allem ist zu bemerken, daß die Prägekosten dieser geringen Sorten verhältnißmäßig so hoch sich stellen, daß, wenn man nicht mit Verlust münzen will, der wirkliche Werth immer bedeutend unter dem Nennwerth stehn würde, und also der Grundsatz der Gleichheit dieser beiden Werthe doch nie, auch nur annähernd, in Wahrheit zu verwirklichen wäre. Und dieß um so weniger, als in der gegenwärtigen Zeit, hauptsächlich um dem Falschmünzen vorzubeugen, man es zweckmäßig findet, auf die Vollkommenheit der Prägung bei den geringen Sorten ebensoviel Kunst zu verwenden als bei den Silbermünzen. Man betrachtet die Kupfermünze als ein Kreditgeld, gewissermaßen als eine metallene Staatsbanknote, deren Werth hinlänglich gesichert ist, sobald der Staat die Verpflichtung übernimmt, dieselbe auf ihrem Werth zu erhalten. Dieses Letztere geschieht in einfacher Weise dadurch, daß er dieselben, gleichwie Privatbanknoten, einlösbar macht, indem öffentliche Kassen zu deren Einwechslung verpflichtet werden. Hiemit ist jedem Uebermaß in der Ausgabe vorgebeugt; und sobald ein Uebermaß in der Ausgabe nicht stattfindet, so ist die Summe von Kupfermünzen, deren die Zirkulation eines Landes bedarf, eine im Verhältniß zum

Staatskredit so geringe, daß Besorgnisse nie aufkommen können. So lange nicht mehr Kupfermünzen in Umlauf gesetzt wird als der Bedarf ausmacht, — und zu solchen erbärmlichen Finanzmitteln greift in heutiger Zeit kein zivilisirter Staat, — wird aber auch Niemand in den Fall kommen, jene Einlösungsverpflichtung öffentlicher Kassen in Anspruch zu nehmen. Im Gegentheil, Kupfermünze wird dann stets eher gesucht sein. Eine dießfällige Bestimmung ist für die Billon- und Kupfermünzen in die deutsche Münzkonvention aufgenommen worden. Um Mißbräuche zu verhüten, setzte man für das Auswechslungsrecht ein Minimum von fl. 50 fest. Es wird hier die Ziffer von Fr. 50 für eine ähnliche Bestimmung vorgeschlagen, und schwerlich dürfte dann Jemand diese Summe in geringerer Münze zusammenbringen, wenn das Maß des Bedürfnisses bei der Ausgabe nicht überschritten wird.

Es besteht noch ein besonderer Grund für die Schweiz, ihre kleinern Münzen aus reinem Kupfer zu prägen, im Fall sie nämlich das französische Münzsystem annimmt. Gegenwärtig wird es wohl noch möglich sein, die schweren französischen Kupferstücke von der schweizerischen Zirkulation auszuschließen; allein wenn einmal Frankreich die seit Langem vorbereitete Reform seiner Kupferzirkulation bewerkstelligt und geschmeidigere Münzen in Umlauf gesetzt haben wird, dürfte jenes nicht mehr gelingen. Und in diesem Fall könnte es nicht fehlen, daß schweizerische Münzen, denen man einen Silberzusatz gegeben hätte, vermittelst der entsprechenden französischen Kupferstücke aufgekauft und mit reinem Schaden für uns eingeschmolzen würden.

Nach dem Vorschlag sollen Kupfermünzen in abgestuften Nennwerthen, von 10, 5, 2 und 1 Cents, aus-

geprägt werden, und zwar für eine Gesamtsumme von $2\frac{1}{2}$ Millionen, nach dem Maßstab von Fr. 1. 10. per Kopf der Bevölkerung. Rechnet man hierzu noch die Billonmünze, zu 90 Cents. per Kopf, so wird die Schweiz, übereinstimmend mit dem im Konföderatprojekt von 1839 ausgesprochenen Grundsatz, nicht mehr als 2 Franken per Kopf an kleinen Scheidemünzen in Umlauf haben.

Das Verhältniß zwischen dem Gewicht und dem Nennwerth der Kupfermünzen ist im französischen Gesetz auf 2 Gramme per Centime bestimmt. Im Jahr 1812 wurde vor die Kammern ein Vorschlag zur Umprägung des Kupfergeldes gebracht, wonach jenes Gewichtsverhältniß auf die Hälfte heruntergesetzt worden wäre. Unstreitig sind die französischen Sous, und noch mehr die Decimes ein plummes, unbequemes Geld. Der Vorschlag fiel aus sonstigen Ursachen durch; er wird aber ohne Zweifel in nächster Zeit wieder vorgebracht werden. In dieser Voraussetzung, und um eine gefällige, nicht durch ihre Schwere lästige Münze zu bekommen, wird hier vorgeschlagen, das Verhältniß des Metallgehalts zum Nennwerth für die schweizerischen Kupfermünzen auf 1 Gramme per Centime zu bestimmen, wie solches auch Genf gethan hat. Die niederländische Kupfermünze ist zu $1\frac{1}{3}$ Gramme, die russische zu $1\frac{1}{2}$ Gr., die süddeutsche (der Kreuzer) zu $1\frac{1}{3}$ Gr., die sardinische zu 1 Gr. per Centimes ausgeprägt. Der Kupfermünze ihren vollen Effectivwerth in Kupfer zu geben, wird Niemand beantragen; denn in diesem Fall würde das 5 Cents-Stück die Größe und fast das Gewicht eines Fünffrankenthalers bekommen.

Nach den vorstehenden Schätzungen und Vorschlägen über die erforderlichen Prägungen, wird nun die Be-

rechnung des finanziellen Resultats dieser Letztern aufzustellen sein.

In Betreff der Prägekosten ist Folgendes zu bemerken:

Die groben Silberforten werden von den französischen Münzstätten zu $\frac{3}{4}$ % ausgeprägt. Die Mehrunkosten eigener Stempel hinzugerechnet, dürfte der Voranschlag auf 1 % gesetzt werden.

Die reinen Silberforten werden von den französischen Münzstätten im Verhältniß von Fr. 25,000 auf eine Million grober Sorten ohne Preiserhöhung geprägt; da der schweizerische Bedarf ein verhältnißmäßig viel stärkerer ist, und eigene Stempel ebenfalls Mehrunkosten verursachen, so mag $2\frac{1}{2}$ % dafür angenommen werden.

Wenn die französischen Tarifansätze bei den beiden vorstehenden Posten zum Maßstab gebraucht sind, so ist vorzugesetzt, daß in schweizerischen oder in deutschen Münzstätten eben so wohlfeil geprägt werden könnte. Gegen die Errichtung schweizerischer Münzstätten — ein Punkt, der hier unerörtert gelassen werden darf — möchten aber gegründete Einwendungen zu erheben sein. Und im Fall dieser Bedenke beseitigt wäre, so würde man ohne Zweifel es passender finden, französische Münzstätten in Anspruch zu nehmen für die Prägung von Münzen nach dem französischen System, als an deutsche sich zu wenden. Dieses um so mehr, als vermuthet werden darf, die französische Regierung würde es gestatten, daß bei solchen Prägungen für schweizerische Rechnung die gleiche offizielle Kontrolle, wie für ihre eigenen, durch die Regierungsbeamten stattfinde. In diesem Fall könnte dann den Münzen der Schweiz das französische Circulationsrecht kaum vorenthalten werden.

Ein anderes ist es in Betreff der Billon- und Kupfermünzen, die vielleicht vortheilhafter in deutschen Münzstätten, worunter namentlich die Münchener einen hohen Rang einnimmt, gefertigt werden könnten.

Die Prägungskosten von Billon-Münzen werden in Preußen mit 3 % veranschlagt; der Kupferzusatz kostet 2 %; für Mehrkosten sind 2 % anzunehmen; zusammen 7 %. Da aber oben die Differenz zwischen dem Nennwerth und dem Metallwerth auf 11 % berechnet worden ist, so würde bei der Prägung dieser Sorten ein Gewinn von 4 % sich herausstellen.

Die Anfertigungskosten der Kupfermünzen sind folgendermaßen zu berechnen:

2½ Millionen Franken im Nennwerth an Kupfermünzen erfordern, zu 1 Gramm per Centime, 250,000 Kilogr. Kupfer zu Fr. 2. 50. per Kilogr. Fr. 625,000

Die Prägekosten werden in Preußen zu 13½ Thaler per Zentner berechnet; es wird daher der Anschlag von Fr. 150. per 100 Kilogr. nicht zu niedrig gegriffen sein; macht per 250,000 Kilogr.

	„ 375,000
Kosten der Anfertigung	„ 1,000,000
Gewinn auf denselben:	„ 1,500,000
Gleich dem Nennwerth der Ausprägung	2,500,000

Zusammenstellung.

Betrag der Ausprägungen:	Verlust:	Gewinn:
Fr.	Fr.	Fr.
2,500,000 grobe Silberforten zu 1%	25,000	
5,000,000 reine Silberforten zu 2½	125,000	
2,000,000 Billonmünze zu 4%		80,000
2,500,000 Kupfermünze zu 60%		1,500,000
12,000,000	Gewinnüberschuß 1,430,000	
	1,580,000	1,580,000

Es darf angenommen werden, daß die stattzufindenden Prägungen im Durchschnitt eher ein vortheilhafteres Resultat herausstellen sollten, als das hievot berechnete. Die Schweiz, in ihrer Gesamtheit, würde demnach einen namhaften Theil, die Hälfte des Verlusts, wieder bekommen, welchen die einzelnen Kantone auf der Einlösung ihrer Münzen zu erleiden hätten. Die Frage dürfte daher aufgestellt werden, ob der vorstehende Gewinn nach irgend einem Maßstab unter die sämtlichen Kantone zu vertheilen wäre, wodurch die Opfer der Münzreform um ein bedeutendes gemindert würden. Der Unterzeichnete magt sich nicht an, hierüber zu entscheiden; indeßen erlaubt er sich die Bemerkung, daß von einem eigentlichen Gewinn hier nicht wohl die Rede sein kann. Die Eidgenossenschaft bleibt verpflichtet, die mit ihrem Stempel ausgegebenen Münzen jeder Art, unter allen Umständen auf ihrem Nennwerth zu erhalten; mit der Ausgabe von Kupfer- oder Billonmünzen kontrahirt sie also dem Publikum gegenüber eine Schuld, im Sinn einer oben schon entwickelten Analogie. Ferner wird die Instandstellung des Münzwesens Unkosten allerlei Art verursachen, deren Betrag später, wenn einmal abgenutzte Münzen ersetzt werden müssen, einem nicht unbedeutenden Theil des Zinses jener Ueberschuß-Summe gleichkommen dürfte. Die vorstehende Frage mag indeß eine offene bleiben.

In den technischen Theil der Ausführung des Prägungsgeschäfts einzutreten, ist vorläufig die Zeit nicht. Es gehört dieses in den Kreis derjenigen nähern Ausführungsmaßregeln, deren Festsetzung erst im Besitze vielfacher Erkundigungen und begründet auf Materialien zu vergleichenden Berechnungen möglich wird.

Dagegen scheint es passend, die Methode noch zu

erörtern, nach welcher bei der Einlösung resp. Umrückung der alten Münzen verfahren werden soll. Bei den frühern Konfordsentwürfen wurde immer vorausgesetzt, ein jeder Kanton werde seine eigenen Münzen einlösen. Dieser Gang dürfte aber kaum zweckmäßig befunden werden für eine allgemein schweizerische und auf alle Münzen sich erstreckende Reform. Es würde für das Publikum die Uebergangsschwierigkeiten bedeutend vermehren, wenn jedes außer Kurs kommende Münzstück nach seiner Heimath wandern müßte um verwertet werden zu können. Andererseits würde damit auch den Finanzstellen der betreffenden Kantone nicht nur eine sehr mühsame Arbeit bereitet, sondern zugleich die Sorge auferlegt, für die Herbeischaffung der erforderlichen Geldmittel. Aus all' diesen Gründen wird man ohne Zweifel der Centralisirung des Einlösungsgeschäfts den Vorzug geben, indem auf diesem Weg die Versorgung schneller, einfacher und zugleich ohne Kosten für die Kantone geschehen könnte. Die Bestimmungen im nachstehenden Gesetzesprojekt sind nach dieser Voraussetzung abgefaßt.

In weitere Einzelheiten des erwähnten nachstehenden Gesetzesprojektes einzutreten wird hier unterlassen, und dafür auf die den einzelnen Paragrafen beigefügten Bemerkungen und Erläuterungen hingewiesen.

IV.

Entwurf

zu

Gesetzesvorschlägen

über das

Münzwesen.

Im Allgemeinen ist zu den nachstehenden Entwürfen Folgendes zu bemerken:

Die Gründe für die Trennung derselben in zwei Theile — ein organisches Gesetz und ein Ausführungsgesetz — sind im einleitenden Vorwort bezeichnet worden.

Das organische Gesetz über das Münzwesen soll diejenigen bildenden und verbindenden Bestimmungen enthalten, wodurch das schweizerische Münzsystem konstruirt und in seinen Theilen zusammengefügt

wird. Die Definition der Münzeinheit, die Gattungen der Münzsorten, ihre Benennungen und Eintheilungen, sowie ihre Form und Beschaffenheit werden also darin festgesetzt sein.

Ferner sollen im organischen Gesetze diejenigen Bestimmungen stehn, welche zum Zweck haben, die Integrität und Erhaltung des Systemes zu sichern, indem sie einerseits dasselbe gegen das Einreißen von Mißbräuchen schützen, wodurch es untergraben werden könnte, andererseits den Nachtheilen vorbeugen, welche der natürliche Einfluß der Zeit allen menschlichen Einrichtungen bringt. In diese Kategorie gehören die Vorschriften in Betreff der Zulassung fremder Münzen, sowie diejenigen, welche bei Zahlungen den Gebrauch von Villon- und Kupfersorten beschränken; ebenso die Festsetzung der Einlösungspflicht niedriger Sorten durch öffentliche Kassen und endlich die allgemeine und besondere Verpflichtung der Behörden, über den Zustand des Münzwesens zu wachen und gegen dessen Zerfall vorsorgliche Maßnahmen zu treffen.

Das Ausführungs- und Uebergangsgesetz für die Münzreform umfaßt diejenigen Verfügungen, welche zu dem benannten Zweck speziell erforderlich zu erachten sein dürften. Es sind dieses zuerst die Bestimmungen über die Summen und Sortenverhältnisse der vorzunehmenden Prägungen, sowie die Vorschriften über die dabei zu befolgende Methode. Hierfür müssen beispielsweise die im organischen Gesetz aufgestellten Normen zur Grundlage und Richtschnur dienen.

Ferner gehören zu der Klasse der Ausführungs- und Uebergangsbestimmungen die Vorschriften über das Einlösungsgeschäft, über die Herbeischaffung der dazu erforder-

lichen Mittel und über die Deckungsverbindlichkeiten der Kantone für den auf ihren Münzen sich herauszustellenden Verlust; endlich die Verfügung, daß eine Reduktion der alten Währungen in die neue stattfinden solle.

Beigefügt ist der Entwurf zu einem Einlösungstarif.

Entwurf zu einem Gesetzesvorschlag über das eidgenössische Münzwesen.

1.

Fünf Grammen Silber, neun Zehntheile ($\frac{9}{10}$) fein, machen die schweizerische Münzeinheit aus, unter dem Namen Franken.

2.

Der Franken theilt sich in hundert (100) Cents (Centimes).

3.

Die schweizerischen Münzsorten sind:

a. in Silber.

Das Fünffrankenstück.

Das Zweifrankenstück.

Das Einfrankenstück.

Das Halbfrankenstück (50 Cents).

b. in Billon.

Das Viertelfrankenstück (25 Cents).

c. in Kupfer.

Das 10 Cents (2 Schilling-) Stück.

Das 5 Cents (1 Schilling-) Stück.

Das 2 Cents-Stück.

Das 1 Cent-Stück.

Bemerkungen und Erläuterungen.

1.

Die Fassung dieses Paragraphen ist die nämliche, wie die der analogen Bestimmung im französischen Gesetze.

2.

Der Ausdruck „Cent“ für die deutsche Benennung des hundertsten Theiles der Münzeinheit, scheint passender und ist kürzer als das französische Wort „Centime“; es wird auch leichter einzuführen sein. Der nämliche Ausdruck wird im holländischen, und, in Nordamerika, im englischen gebraucht.

3.

Die Einteilung der Nennwerthe bis zum Viertelfrankenstück einschließlich entspricht genau den bestehenden französischen Gesetzesbestimmungen. Bei den Kupfersorten ist dieses aber nicht der Fall. Das noch in Kraft bestehende französische Gesetz von 1803 schreibt die Nennwerthe von 5, 3 und 2 Centimes vor. Diese Vorschrift ist jedoch niemals beachtet worden. Das 10 Centime-Stück oder der Decime wurde nicht abgeschafft, sondern zirkulirt noch in großen Quantitäten; die 3 Centimen-Stücke hingegen wurden nie geprägt. Dagegen sind dieses Jahr neue 1 Centime-Stücke gemünzt worden.

Die nebenstehenden Nennwerthe für die schweizerischen Kupfermünzen sind daher diejenigen des französischen Gesetzesvorschlages von 1842, welche voraussichtlich über kurz in Kraft treten werden.

Bis zum Halbfrankenstück einschließlich findet im gegenwärtigen Vorschlag auch im Stoff keine Abweichung von den französischen Bestimmungen statt. Erst das Viertelfrankenstück soll, aus Gründen die im Bericht entwickelt worden sind, aus Billon bestehen.

Die Weglassung der Goldmünzen aus dem Verzeichnisse der schweizerischen Münzsorten ist im Bericht begründet worden. Ein neuer Unterstützungsgrund hiefür besteht in der so eben durch die holländische Regierung beschlossenen Außerkurssetzung aller Goldmünzen.

4.

Die Silberforten enthalten sovielmal das Gewicht und den Feingehalt der Münzeinheit als ihr Nennwerth es ausspricht.

Die Billonmünze wird zu $\frac{200}{1000}$ fein ausgeprägt und enthält auf den Franken vier (4) Grammen fein Silber nebst neun und ein Drittel (9 $\frac{1}{3}$) Grammen Kupfer.

Die Kupfersorten sollen aus reinem Kupfer bestehen und an Gewicht die gleiche Zahl Grammen enthalten, als ihr Nennwerth Cents ausspricht.

5.

Die erlaubte Fehlergrenze im Feingehalt der schweizerischen Münzen ist festgesetzt:

Für die sämtlichen Silbermünzen auf zwei Tausendtheile ($\frac{2}{1000}$) nach Innen und nach Außen.

Für die Billonmünzen auf sieben Tausendtheile ($\frac{7}{1000}$) nach Innen und nach Außen.

Vorkommende Abweichungen nach Innen sollen stets durch entsprechende Abweichungen nach Außen wieder ausgeglichen werden.

4.

Die hier gegebene Definition von Gewicht und Feingehalt der verschiedenen Sorten ist zwar kürzer als diejenige des französischen Gesetzes oder früherer schweizerischer Konföderationswürfe; sie scheint indessen weder für Unbestimmtheit noch für Zweideutigkeit Raum zu lassen.

5.

Kleine Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften über Gewicht und Feingehalt sind bekanntlich bei der Münzfabrikation nicht zu verhüten.

Es werden daher dieselben regularisirt durch Festsetzung einer Grenze innerhalb welcher die Abweichungen zugelassen werden, über welche hinaus aber eine Münze als ungeeignet für die Zirkulation erklärt wird.

Die Hauptsache ist, daß die zirkulirende Münze, in ihrer Gesamtheit und durchschnittlich, der gesetzlichen Vorschrift gleichkomme; deshalb ist es Grundsatz, daß Abweichungen im minus eines Schmelzwerks durch entsprechende Abweichungen im plus anderer gedeckt werden sollen. In Frankreich haben die Münz-Unternehmer den Betrag der Erstern an die Staatskasse zu vergüten, während für das Letztere ihnen der Betrag zurückerstattet wird.

Die bis dahin in Frankreich gesetzlich festgesetzte Fehlergrenze (tolérance, Remedium) für den Feingehalt der Silberforten war $\frac{3}{1000}$. Ein Dekret des Präsidenten der Republik vom 22. Mai 1849 setzt dieselbe auf $\frac{2}{1000}$ herab; ohne Zweifel weil auf der gegenwärtigen Stufe der Prägekunst dieser Spielraum hinreichend erscheint.

Die Fehlergrenze von $\frac{7}{1000}$ für die Billonmünzen ist in Deutschland angenommen.

6.

Die erlaubte Fehlergrenze im Gewicht nach Innen und nach Außen ist festgesetzt:

a. bei den Silbersorten.

Für das Fünffrankenstück auf drei Tausendtheile ($\frac{3}{1000}$);
 " " Zweifrankenstück auf fünf Tausendtheile ($\frac{5}{1000}$);
 " " Einfrankenstück auf fünf Tausendtheile ($\frac{5}{1000}$);
 " " Halbfrankenstück auf sieben Tausendtheile ($\frac{7}{1000}$).

b. bei den Billonsorten.

Für das Viertelfrankenstück auf zwölf Tausendtheile ($\frac{12}{1000}$).

c. bei den Kupfersorten.

Für sämtliche Münzen auf zwölf Tausendtheile ($\frac{12}{1000}$).

Bei den Silber- und Billonsorten ist die Abweichung nur auf dem einzelnen Stück gestattet; bei den Kupfersorten gilt dieselbe für je zehn Franken an Nennwerth oder 1000 Grammen an Gewicht.

Alle Abweichungen nach Innen, sollen durch entsprechende Abweichungen nach Außen wieder gut gemacht werden.

7.

Sämmtliche Münzen sollen auf dem Avers das eidgenössische Wappen, mit der Umschrift:

„Schweizerische Eidgenossenschaft“

tragen;

auf dem Revers die Bezeichnung ihres Nennwerths und die Jahrzahl ihrer Prägung nebst dem Zeichen der Münzstätte, umgeben von einem Laubfranz.

Die Seiten der Münzen sollen gerändert sein.

Im Uebrigen soll die Form der Silbermünzen mit derjenigen der entsprechenden französischen Sorten übereinstimmen.

6.

Die Skala der erlaubten Abweichungen im Gewicht, ist für die Silbersorten gleichlautend mit der französischen.

Bei den Billonsorten ist die deutsche Bestimmung wieder zum Maßstab genommen, welche die betreffende Biffer auf $\frac{12}{1000}$ festsetzt.

Für die Kupfersorten ist die nebenstehende Bestimmung dem Gesetze von Genf entlehnt; die französische Vorschrift gestattet $\frac{1}{50}$ oder $\frac{20}{1000}$, aber nur nach Außen.

7.

Um die Vorschriften über die Form der Münzen zu vervollständigen, dürften noch die Bestimmungen ihrer Durchmesser dazu aufgenommen werden. Indessen finden sich solche Einzelheiten kaum in irgend einem Münzgesetz, und die Vorschrift der Gleichförmigkeit der schweizerischen Silbermünzen mit den entsprechenden französischen Sorten dürfte hier genügen.

Die Durchmesser der verschiedenen französischen Sorten sind folgende:

Das 5 Frankenstück 37 Millimeter

• 2 • 27 •

• 1 • 23 •

• $\frac{1}{2}$ • 18 •

Der Durchmesser des schweizerischen Viertelfrankenstücks dürfte festgesetzt werden auf 22 Millimeter, um 1 Millimeter also ungefähr größer als das Sechskreuzerstück.

8.

Fremde Münzsorten keiner Art sollen in der Schweiz als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassen werden, mit Ausnahme solcher, die in genauer Uebereinstimmung sowohl im Gewicht als im Feingehalt mit dem durch das gegenwärtige Gesetz aufgestellten Münzsystem geprägt sind.

Der Bundesrath ist ermächtigt, nach vorheriger Untersuchung, den Silbermünzen auswärtiger Staaten, welche der vorstehenden Bedingung entsprechen, gesetzlichen Kurs in der Schweiz zu geben.

9.

Niemand ist berechtigt, Zahlungen in andern als schweizerischen oder solchen auswärtigen Münzsorten zu entrichten, welche als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt sind.

Für die neuen Kupfermünzen setzte der französische Gesetzesvorschlag von 1842 fest:

1 Centimestück	15 Millim.
2	20
5	25
10	30

Bei der Bestimmung der Durchmesser muß auf die möglichste Verschiedenartigkeit Rücksicht genommen werden, damit verschiedene Münzsorten nicht der Gefahr der Verwechslung ausgesetzt seien.

Für die Umschrift „schweizerische Eidgenossenschaft“ wäre vielleicht die lateinische Sprache zu empfehlen.

8.

Diese Bestimmung findet sich zwar in andern Münzgesetzen nicht, weil überall als selbstredend angenommen wird, daß Geldsorten, welche dem gesetzlichen Münzsysteme fremd sind, auch keinen gesetzlichen Kurs haben können.

Dem gleichen Grundsatz gemäß, wird hier auch von der gesetzlichen Tarification fremder Sorten Umgang genommen. Wird der Tariffatz hoch genug gestellt, daß solche Münzen dazu ausgegeben werden können, so bringt ihre Zirkulation das Münzsystem in Unordnung, und es kann unter Umständen geschehen, daß sie die eigenen Landesmünzen vertreiben. Eine Maßregel solcher Art würde nichts anderes als die Sanktionierung und Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes sein. Gibt man hingegen fremden Sorten einen Kurs, der bloß ihrem Metallwerth entspricht, so ist die Maßregel unnütz, weil auch ohne gesetzliche Sanktion eine Münze stets zu ihrem Metallwerth anzubringen sein wird.

Daß die Bestimmung des Lemma 2. von §. 8. auch auf die nach dem neuen System vom 7. März 1838 geprägten Silbermünzen des Kantons Genf anwendbar ist, braucht wohl nicht im Gesetz ausdrücklich bemerkt zu werden.

9.

Daß Verbote und Strafandrohungen im Münzwesen keine praktischen Hülfsmittel sind, lehrt die Erfahrung zur Genüge; sonst würde das schweizerische Münzwesen wahrscheinlich in besserem Zustande sein. Die nebenstehende Bestimmung dürfte daher als hinreichend erachtet werden, um die Schranken

Den öffentlichen Kassen der Eidgenossenschaft ist es untersagt, andere als gesetzliche Münzsorten an Zahlung zu nehmen.

Verträge, die in bestimmten fremden Währungen oder Münzsorten, in der Schweiz zahlbar, abgeschlossen werden, sollen jedoch ihrem Wortlaute nach zu halten sein.

10.

Es soll Niemand gehalten sein, für mehr als zehn Franken an Werth in Silbermünzen unter dem Fünffrankenstück an Zahlung zu nehmen, welches auch der Betrag einer Zahlung sein mag.

Gleichermaßen soll Niemand gehalten sein, mehr als zwei Franken an Werth in Billon oder mehr als einen Franken an Werth in Kupfermünze an Zahlung zu nehmen.

11.

Es sollen durch den Bundesrath in jedem Kanton wenigstens eine, wo möglich mehrere öffentliche Kassen bezeichnet werden, denen die Verpflichtung obliegt, je weilen schweizerische Billon- und Kupfermünzen gegen grobe Silberforten einzuwechseln, jedoch nicht in Beträgen unter fünfzig Franken.

12.

Die Bundesversammlung beschließt über die Summen und die Sorten der stutzfindenden Ausprägungen.

zwischen gesetzlichem und ungesetzlichem Zahlungsmittel zu bezeichnen.

Was Lemma 3 anbetrifft, so soll damit vorgebeugt werden, daß unter dem Mantel des Gesetzes keine Uebervorteilungen geschehen können. Es steht Jedermann frei, sich durch Verträge zu binden, soweit es ihm gefällt; wer aber einmal sich in einer Weise verpflichtet hat, soll nicht in anderer Weise sich entbinden können.

10.

Diese Bestimmung dürfte insofern überflüssig heißen, als ihr Schutz wohl nie wird in Anspruch genommen werden, so lange kein Uebermaß in der Ausgabe kleiner oder geringhaltiger Sorten stattfindet. Und daß solches nicht eintrete, dafür stehen der Gesetzgebung sonstige Vorbeugungsmittel zu Gebot, worunter die Bestimmung des nachstehenden Paragraphen am wirksamsten sein kann, wenn anders repressive Wirksamkeit erforderlich wäre.

Ein Fall möchte indessen denkbar sein, wo das Bestehen gesetzlicher Schranken zur Abwehr kleinerer Münze nothwendig werden könnte, derjenige nämlich, wenn ein Zubrang stattfände fremder, den unsrigen ähnlicher Sorten.

11.

Die Grundsätze, auf welche diese, auch in Deutschland angenommene Bestimmung sich stützt, sind im Bericht entwickelt worden.

Zur thatsächlichen Anwendung kann sie nie kommen, so lange mit der Ausgabe kleiner Münzen das Maß des Bedarfs nicht überschritten wird; und gegen ein solches Ueberschreiten steht gerade diese Bestimmung als eine schützende Garantie im Gesetze.

12.

Im Falle die Schweiz eine eigene Münzstätte errichtete, so müßte die nebenstehende Bestimmung auf die Ausprägungen von Kupfer- und Billonforten beschränkt werden, indem jenen Falls kein Grund bestünde, es zu verhindern, daß, wie anderwärts, Jedermann nach den gesetzlichen Vorschriften sein Silber in Münze verwandeln ließe.

Es ist aber, aus verschiedenen Ursachen, höchst zweifelhaft, daß in der Schweiz von einer solchen Befugniß Gebrauch gemacht würde.

13.

Der Bundesrath wird über den Zustand des schweizerischen Münzwesens unausgesetzt wachen und alljährlich der Bundesversammlung Bericht darüber erstatten, erforderlichen Falls auch darauf bezügliche Anträge bringen.

Namentlich wird mit der Zeit die vorerwähnte Behörde besorgt sein, abgenützte schweizerische Münzstücke einzeln, einschmelzen und in der Zirkulation durch neue, vollwichtige ersetzen zu lassen. Zu diesem Ende soll, nach Verfluß der ersten zwanzig Jahre nach jeder Ausmünzung, alljährlich ein angemessener Kredit eröffnet werden.

14.

Ein besonderes Bundesgesetz wird diejenigen Bestimmungen enthalten; welche für die Einführung des gegenwärtigen Gesetzes und für den Uebergang zu dem hiemit festgesetzten neuen Münzsystem angemessen erachtet werden.

Entwurf

zu einem Vorschlag für ein Ausführungs- und Uebergangsgesetz für die schweizerische Münzreform.

1.

Die in Ausführung des Bundesgesetzes vom..... zu bewerkstelligende Reform des schweizerischen Münzwesens soll für Rechnung und auf Kosten der Eidgenossenschaft geschehen; der sich ergebende Verlust auf den einzuschmelzenden Kantonalnünzen fällt jedoch den Kantonen zur Last, und zwar jedem für diejenigen Münzen, die unter seinem Stempel geprägt worden sind.

13.

Damit das Münzwesen eines Staates nicht mit der Zeit, auch ohne Einreißen von Mißbräuchen oder sonstiges Zuthun, in Verfall gerathe, muß die Masse des umlaufenden Geldes stets auf ihrem richtigen Durchschnittswerthe erhalten werden. Es geschieht dieß auf keine andere Weise als durch Ersetzung abgenutzter Stücke. Die Opfer, welche man hiefür zu bringen hat, sind weder an und für sich selbst hoch, sobald eine richtige Methode herrscht, noch stehen sie in irgend einem Verhältniß zu dem großen Schaden, welcher aus einer Vernachlässigung des vorerwähnten Grundsatzes entstehen müßte.

Daß die Unkosten der Abnutzung der Münzen vom Staat, das heißt von der Gesamtheit, getragen werden, und nicht von den einzelnen zufälligen Inhabern derselben, wird wohl Jedermann billig finden; denn die Münzen dienen, während der Zeit ihres Umlaufs, auch der Gesamtheit.

Bemerkungen und Erläuterungen.

1.

Die nähere Erörterung über die Fragen, welche dem nebenstehenden Paragraphen zu Grunde liegen, ist bereits im Bericht geschehen.

2.

Es sollen nachfolgende Summen und Sorten neuer schweizerischer Münzen, nach Vorschrift des vorgedachten Gesetzes, ausgeprägt und in Umlauf gesetzt werden.

a. Silbermünzen.

Stückzahl.	Sorten.	Summen im Nennwerth.
500,000	Fünffrankenstücke	Fr. 2,500,000
500,000	Zweifrankenstücke	" 1,000,000
2,500,000	Einfrankenstücke	" 2,500,000
3,000,000	Halbfrankenstücke	" 1,500,000
(Fr. 7,500,000.)		

b. Billonmünzen.

8,000,000	Viertelfrankenstücke	Fr. 2,000,000
(Fr. 2,000,000.)		

c. Kupfermünzen.

12,000,000	10 Centsstücke	Fr. 1,200,000
20,000,000	5 Centsstücke	" 1,000,000
12,500,000	2 Centsstücke	" 250,000
5,000,000	1 Centsstücke	" 50,000
(Fr. 2,500,000.)		
64,000,000		Fr. 12,000,000

3.

Die Prägung findet statt in drei successiven Raten:

1ste Rate, die größern Silberforten — Fünf- und Zweifrankenstücke.

2te Rate, die reinern Silberforten — Ein- und Halbfrankenstücke.

3te Rate, die Billon- und Kupferforten.

Die Bundeskasse wird die erforderlichen Vorschüsse für die Prägungen leisten.

2.

Die Summe von zwölf Millionen Franken neuer Währung entspricht der muthmaßlichen Circulation alter Münzen, welche auf Fr. 8,800,000 gegenwärtiger Währung angeschlagen wird. Ein wesentlicher Unterschied zwischen der alten und der neuen Circulation würde aber in den Verhältnissen der beidseitigen Bestandtheile hervortreten.

	Verhältnisse der Zusammensetzung.			
	Gegenwärtige Circulation.		Neue Prägungen.	
Große Silberforten	19 %	} 44 %	30 %	} 63 %
Reine "	25 %		33 %	
Billonforten	48 %	} 56 %	16 %	} 37 %
Kupferforten	8 %		21 %	
	100	100	100	100

Die Summe der zu prägenden groben Sorten wird indessen nur $2\frac{1}{2}$ % des Bedarfs der Schweiz decken; die reinen Silberforten 35 % desselben.

Von den Billon- und Kupfermünzen ist vorausgesetzt, daß dieselben den vollständigen Landesbedarf zu Fr. 2 per Kopf der Bevölkerung ausfüllen werden.

3.

Es sprechen mehrere Gründe dafür, daß Prägungsgeßäft abtheilungsweise vorzunehmen, welchem entsprechend auch die Einlösung der alten Münzen abtheilungsweise stattfinden.

Da wahrscheinlich die Schweiz keine in der Münzfabrikation praktisch erfahrene Fachmänner mehr besitzt, so wird man den Personen, welchen die Besorgung des fraglichen Geßäfts wird übertragen werden, nicht zuviel auf einmal zumuthen dürfen. Ueberdies ist anzunehmen, daß die Vorarbeiten und Unterhandlungen für die Prägung der Billon- und Kupfermünzen mehr Zeit erfordern werden, als diejenigen für die Prägung der Silberforten.

4.

Die Prägung kann, nach dem Ermessen des Bundesrathes, in einer zu errichtenden schweizerischen Münzstätte, oder auch, ganz oder theilweise, in ausländischen Münzstätten bewerkstelligt werden.

5.

Die sämmtlichen gegenwärtig vorhandenen und in Umlauf befindlichen schweizerischen Münzen jeder Art sollen innert festzusetzenden Terminen eingelöst und, nach Verfluß der betreffenden Termine, eingeschmolzen sowie außer Kurs gesetzt werden.

Die Einlösung geschieht nach einem dem gegenwärtigen Gesetz angehängten Tarif, und zu Ansätzen, welche dem Nennwerthe der betreffenden Sorten möglichst nahe kommen.

6.

Das Geschäft der Einlösung wird unter der Leitung der eidgenössischen Finanzbehörde besorgt werden, und die Bundeskasse leistet die dafür erforderlichen Vorschüsse.

Diese Vorschüsse sollen bestehen, zuerst aus dem Procent der neuen Prägungen, und, zur Ergänzung, in gesetzlich erklärten auswärtigen Münzsorten. Für Bruchtheile, welche in solchen Münzsorten nicht darzustellen sind, können, bei den beiden ersten Einlösungsraten, dannzumal

Sodann ist in Betracht zu ziehen, daß die ganze Summe einer Prägung jedesmal vorgeschossen werden muß, und erst nach der Einlösung und Einschmelzung wieder sich realisiert. Würde die gesammte Prägung mit einem Male vorgenommen, so erforderte dies einen Vorschuß von vollen zwölf Millionen, während bei ratenweiser Prägung nur ein Dritteltheil dieser Summe erforderlich sein wird, und die Realisation der ersten Einschmelzungen den Vorschuß für die nachfolgende Prägung bilden kann.

4.

Die Frage über Errichtung eigener oder die Benützung ausländischer Münzstätten ist auch im Bericht unentschieden gelassen worden. Um zu einem Urtheil hierüber zu gelangen, bedarf es verschiedenartiger Erkundigungen, Untersuchungen und Berechnungen, wozu gegenwärtig noch weder die Mittel noch die Materialien zu Gebote stehen.

5.

Es ist hier auf den Tarif hinzuweisen.

Da, nach dem vorgeschlagenen Plane ratenweiser Prägung, die wirkliche Einführung der neuen Währung erst mit der Ausgabe der dritten und letzten Prägungsrate möglich sein wird, so wird die Einlösung der beiden ersten Raten noch nach alter Währung geschehen müssen.

Es ist selbstredend, daß in Beziehung auf die Ansätze des Einlösungstarifes, eine Verständigung mit den theilhaftigen Kantonen wird der definitiven Festsetzung vorangehen müssen.

6.

Diese Methode wird keiner weiteren Begründung als die bereits im Bericht enthaltene bedürfen.

Es sind keine neuen Vorschüsse, welche damit von der Bundeskasse verlangt werden, sondern es ist bloß die Verwendung zur Einlösung, derjenigen Vorschüsse, die sie bereits für die Prägung geleistet haben wird.

noch kursirende Schweizerseidemünzen zu den Tarifsätzen gegeben werden.

7.

Die erforderlichen Mittel zu den Vorschüssen, welche die Bundeskasse für die Prägungen, beziehungsweise für die Einlösungen, zu leisten haben wird, sollen nöthigenfalls durch ein spezielles und temporäres Anlehen aufgebracht werden.

Der Bundesrath ist eventuell zur Kontrahirung eines solchen Anlehens bis auf die Summe von vier Millionen Franken neuer Währung ermächtigt.

Dieses Anlehen soll aus dem Produkt der Münzliquidation abbezahlt werden, und es wird über diese letztere besondere Rechnung zu führen sein.

8.

Die Verlustbetreffnisse der Kantone an den vorzunehmenden Einschmelzungen ihrer Münzen sollen zum Voraus annähernd ausgemittelt werden.

Die eidgenössische Finanzbehörde wird alsdann mit den Kantonen über die Deckung jener Betreffnisse in Unterhandlung treten, vorbehaltlich definitiver Abrechnung nach dem Schluß der Liquidation.

Die Deckung wird sofort zu leisten sein. Sie kann bestehen, entweder ganz oder theilweise in baar, oder in Obligationen der Kantone zu Gunsten der Eidgenossenschaft. Diese Obligationen können auf successive, gleichmäßige Termine bis auf zehn Jahre, ausgestellt werden. Sie sind zu 4 % verzinslich, und dieser Zinsfuß soll für alle gegenseitigen Abrechnungen der Münzliquidation gelten.

Die Zinsen zu Lasten der Kantone, auf ihren Verlustbetreffnissen an jeder Einlösungsrate, fangen jedes

7 und 8.

Es ist anzunehmen, daß ein Anlehen zu dem vorliegenden Zwecke ohne große Mühe zu bewerkstelligen sein wird. Es wird auch möglich sein, wenn es gelingt die Sache zu kombiniren, mit einer viel geringern Summe auszukommen, oder in sonstiger Weise sich zu behelfen.

Und jene Summe wird auch dadurch zu vermindern sein, wenn einzelne Kantone ihre Verlustbetreffnisse zum Voraus in baar entrichten, sowie wenn die Obligationen anderer Kantone, was ebenfalls ausführbar sein wird, bald verwerthet werden.

Nach dem vorliegenden Plane fallen alle Unkosten und Zinsverluste der Besorgung auf die Bundeskasse: die Kantone sollen lediglich für den sie betreffenden Minderwerth ihrer einzulösenden Münzen in Anspruch genommen werden. Und die Form dieser Anspruchnahme ist eine solche, welche keinem darunter lästig fallen sollte.

Die der Eidgenossenschaft auferlegten Vorschüsse hingegen würden mit dem Schluß der Münzliquidation abbezahlt sich finden.

Der Verlust auf den Einschmelzungen ist	Fr. 3,000,000.
angeschlagen auf ungefähr	" 1,400,000.
Der Ueberschuß auf den neuen Prägungen	" 1,600,000.
Differenz:	Fr. 1,600,000.

und es unterliegt keinem Zweifel, daß, wie oben erwähnt, diese Fr. 1,600,000 zum Theil durch Baarzahlungen ihrer Betreffnisse von Seiten einzelner Kantone, zum andern Theil durch Verwerthung der Obligationen anderer Kantone, binnen Jahresfrist sich werden decken lassen.

mal mit der Mitte des festgesetzten Einlösungstermines zu laufen an.

Die eidgenössische Finanzbehörde wird, bei Konventionen, die vorerwähnten Kantonalobligationen verwerthen, zum Zweck der Abzahlung des Münzanlehens.

9.

Sowie die Prägung der ersten Rate vollendet sein wird, sollen, vermittelt der neuen Münzen, die in Zirkulation befindlichen Goldsorten und groben Silberforten bis zum Schweizerfranken abwärts einschliesslich, eingelöst werden.

Ein gleiches geschieht nach bewerkstelligter Prägung der zweiten Rate, vermittelt welcher die Silberscheidemünzen, bis zum 2½ Bazenstück einschliesslich, einzulösen sind.

Die Einlösung der kursirenden Billon- und Kupfermünzen findet statt vermittelt dem Produkte der dritten Prägungsrate.

10.

Stellt es beim Einlösungsgeschäft sich heraus, daß eine Rate der neuen Münzen einen stärkern Betrag ausmache als die in Umlauf befindlichen alten Sorten, zu deren Einwechslung die Erstere bestimmt ist, so soll der Ueberschuß sofort zur Einziehung von Sorten der nachfolgenden Rate verwendet werden, welche dannzumal in den eidgenössischen Kassen vorhanden sein oder denselben eingehen werden.

Im umgekehrten Fall, wenn die Summe der neuen Prägungen nicht hinlänglich ist zur Einlösung der entsprechenden alten Sorten, soll das zu diesem Zweck Mangelnde nach §. 6 des gegenwärtigen Gesetzes ergänzt werden.

9.

Die Repartition der Prägungs- und Einlösungsraten ist folgende:

	Prägungen.	Einlösungen.
Erste Rate Fr.	3,500,000	Fr. 2,360,000
Zweite " "	4,000,000	" 4,250,000
Dritte " "	4,500,000	" 6,165,000
	<hr/> Fr. 12,000,000	<hr/> Fr. 12,775,000

10.

Eine passendere Vertheilung der Einlösungen und Prägungen als die vorstehende, ließ sich nicht finden. Der Ueberschuß der Einlösungen findet sich auf die letzte Rate gewälzt, so daß die neuen Münzen der beiden ersten Raten hinreichen werden, alle entsprechenden alten Sorten aus der Zirkulation zu ziehen und dieselben für den Bedarf zu ersetzen.

11.

Die Einlösung der alten Münzen soll in allen Kantonen durch die eidgenössischen Zoll- und Postkassen geschehen, jedoch mit der Beschränkung, daß diese Kassen nur die Münzen ihres betreffenden Kantons und der angrenzenden Kantone einwechseln.

In denjenigen Kantonen, welche am Münzkonfordat von 1825 Theil genommen haben, sind die vorgedachten Kassen zu ermächtigen, alle mit dem Konfordatstempel versehenen Münzen einzulösen.

Eine am Sitze der Bundesbehörden aufzustellende Zentral-Einlösungskasse, nimmt alle zur Einlösung ausgeschriebenen Sorten, ohne Unterschied und von Jedermann an, aber nicht in Beträgen unter hundert Franken alter, oder hundertfünfzig Franken neuer Währung.

Für Sendungen an die Zentral-Einlösungskasse, sowie für Rücksendungen dieser Letztern, ist Portofreiheit bewilligt. Verpackungs- oder sonstige Spesen darf sie nicht berechnen.

12.

Für die Einlösung einer jeden Rate ist ein Termin von zwei Monaten zu stellen, und in gehöriger Zeit auszusprechen, mit dessen Eintritt der Kurs der alten Münzen, nach dem angehängten Einlösungstarif, in gesetzliche Kraft für Jedermann tritt, jedoch ohne rückwirkenden Einfluß auf frühere Verträge.

Nach Verfluß des ersten Monats des Einlösungstermins soll — außer den obenerwähnten eidgenössischen Kassen — Niemand mehr gehalten sein, die jedesmal zur Einlösung ausgeschriebenen alten Geldsorten zu irgend einem Kurs an Zahlung zu nehmen.

11.

Es wird wohl Jedermann darüber einverstanden sein, daß das Möglichste gethan werden muß, um dem Publikum die Uebergangsschwierigkeiten zu erleichtern.

Die Gewährung der Portofreiheit legt dem Staat kein directes Opfer auf, um so weniger, da er bei jedem Einwechslungsmodus die alten und neuen Münzen doch hin und her zu transportiren hätte.

12.

Die vorgeschlagenen Termine scheinen genügend zu sein.

Längere Termine würden — weit entfernt Erleichterungen des Uebergangs zu bewirken, — die Schwierigkeiten und die Verwirrung nur noch steigern.

Nach Verfluß des zweiten Monats sind jene Sorten gänzlich, und also auch für die erwähnten Kassen, außer Kurs gesetzt.

13.

Die neue Währung tritt mit der Epoche der Ausgabe der dritten Prägungsrate in Kraft. Bis dorthin sollen, vom 1. Januar 1850 an, bei sämmtlichen eidgenössischen Kassen folgende Werthungen fremder Kursiren der Münzsorten gelten:

Der Brabanter- oder Kronenthaler 40 $\frac{1}{2}$ Wagn.

Der Fünffrankenthaler 35 $\frac{1}{2}$ "

Der süddeutsche Gulden 15 "

Das französische Zweifrankensstück 14 $\frac{2}{10}$ "

Das französische Einfrankensstück 7 $\frac{1}{10}$ "

Das österreichische Zwanzigkreuzersstück 6 "

Das französische Halbfrankensstück 3 $\frac{1}{2}$ Wagn.

Die schweizerischen Gold- und groben Silberforten sind anzunehmen nach den Kursen des angehängten Einlösungstarifs.

Diese Werthungen haben jedoch keine Anwendung auf die Verzinsung oder Heimzahlung bereits bestehender Kapitalanlagen, Schuldforderungen oder Verträge der eidgenössischen Finanzverwaltung.

In den Kantonen sollen die bestehenden kantonalen Münzgesetze in Gültigkeit bleiben, bis zu der Epoche, wo die neue Währung in Kraft tritt, insoweit dieselben der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehen.

In denjenigen Kantonen, wo es nöthig erscheint, besondere Zwischenverfügungen für die Uebergangsperiode zu treffen, hat solches durch die kompetenten Kantonalbehörden zu geschehen; solche Verfügungen unterliegen aber der Genehmigung des Bundesrathes.

13.

Bevor das neue System in allen seinen Theilen verwirklicht und verkörpert ist, kann dasselbe nicht in gesetzliche Kraft erhoben werden.

Eine Maßregel aber, welche den Uebergang dazu wesentlich erleichtern und für das Publikum minder fühlbar machen könnte, wäre die vorgeschlagene Höherwerthung des Fünffrankensstücks auf 35 $\frac{1}{2}$ Wagn. Zu diesem Kurs zirkulirt diese Münzsorte bereits in einem Theil der westlichen Schweiz, sowie auch in Deutschland, wo sie fl. 2. 22 fr. gilt. Die Ueberwerthung gegen den Gulden betrüge übrigens nur $\frac{2}{5}$ %, während die gegenwärtige Ueberwerthung des Guldens zu 15 Wg. gegenüber dem Fünffrankensstück zu 35 Wg., $1\frac{1}{40}$ % beträgt.

Begreiflicherweise würde die Wirkung jener Maßnahme diese sein, das Fünffrankensstück wieder herbeizuziehen, so daß, wenn die Epoche der Einführung der neuen Währung einträte, das erforderliche Zahlungsmittel bereits vorhanden und in Zirkulation wäre.

Man kann allerdings einwenden, daß um jene $\frac{2}{5}$ % die nächstjährigen Einnahmen der eidgenössischen Kassen geschmälert würden; allein dieser Verlust würde reichlich kompensirt bei der Einlösung der alten Scheidemünzen, welche dann auch zu jener Werthung stattfände. Nach dieser Voraussetzung ist auch der Einlösungstarif für die Scheidemünzen berechnet worden.

Die höhere Werthung der französischen Münzforten anders als für die eidgenössischen Kassen zu dekretiren wird nicht vorgeschlagen; denn eine Ausdehnung dieser Maßregel auf den Privatverkehr würde viele Schwierigkeiten und Verwirrungen nach sich ziehen, während sie ohne gesetzliche Vorschrift leichter von selbst sich bilden wird. Dagegen dürfte eine entsprechende Werthung für die öffentlichen Kantonalbanken rathsam sein und namentlich würden die in Gulden rechnenden Kantone die Einführung des französischen Münzfußes sehr erleichtern, wenn sie sofort dem Fünffrankensstück bei ihren obrigkeitlichen Kassen den Kurs von fl. 2. 22 ertheilten.

14.

Innerhalb drei Monaten nach Erlass des gegenwärtigen Gesetzes, sollen die Kantonalgesetzgebungen Verfügungen treffen für die Reduktion und Umschreibung in die neue Währung der in den verschiedenen blühenden Währungen ausgestellten Verträge und Schuldtitel.

Die angenommenen Reduktionsfüße unterliegen der Genehmigung des Bundesrathes.

14.

Die Ausführung dieser letztern Bestimmung wird überall sehr schwierig und umständlich sein. Sie darf aber nicht umgangen werden, wenn das neue Münzsystem eine Wahrheit werden soll und man nicht viel größere, endlose Schwierigkeiten sich bereiten will.

Entwurf zu einem Einlösungstariße.

Goldsorten, grobe so wie reine Silbermünzen und Silberscheidemünzen sollen bei der Einlösung nach alter Währung, zu den nachstehenden Ansätzen berechnet werden.

Der Gegenwerth ist in Sorten neuer Währung zu vergüten, der Franken zu 71 Rappen alter Währung; für Bruchtheile, welche in den neuen Sorten nicht darzustellen sind, darf kursive alte Scheidemünze gegeben werden.

Goldsorten.	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
Dublonen, von Bern u. s. w.	16	20		
Mehrfache nach Proportion.				
Dukaten, von Bern u. s. w.	8	10		
10-Frankenstücke von Luzern	10	12		
20-Frankenstücke von Genf	14	20		
10-Frankenstücke von Genf	7	10		
Grobe Silbersorten.				
10-Frankenstücke von Genf	7	10		
4-Frankenstücke, (Neuthaler)				
aller Kantone	4	05 7 Stk.	28	40
2-Guldenhaler (1 Gld. in prop.)				
von Zürich	3	25		
2-Guldenhaler (1, 2/3, 1/2 Gld.				
in prop.) von Basel . . .	3	04 7	"	21 30
2-Frankenstücke, aller Kantone	2	02 7	"	14 20
21-Bagenstücke von Neuenburg	1	90		
1-Frankenstücke, aller Kantone	1	01 7	"	7 10
Silberscheidmünzen.				
8-Bagenstücke (1/2 Gld.) von				
Zürich	—	80		
5-Bagenstücke, aller Kantone	—	50		

	Fr.	Rp.		Fr.	Rp.
15- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Glarus . .	—	45			
4-Bagenstücke (1/4 Gld.) von					
Zürich	—	40			
15-Kreuzerstücke von St. Gallen	—	37			
10- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Luzern . .	—	32			
2 1/2-Bagenstücke, aller Kantone	—	25			
Villon u. Kupfermünzen					
werden in neuer Währung berechnet					
und ausschließlich gegen neue Sorten					
eingewechselt.					
	Cent.		Fr.	Cent.	
3-Bagenstücke von Basel . .	42	71 Stk.	30	—	
2-Bagenstücke von Zürich, Uri					
und Schwyz	28	71 "	20	—	
5- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Luzern . .	23	10 "	2	30	
6-Kreuzerstücke von St. Gallen	20	10 "	2	10	
1-Bagenstücke aller Kantone					
(Glarus und Neuenburg					
ausg.)	14	71 "	10	—	
1-Bagenstücke von Neuenburg					
u. 3- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Glarus	13	10 "	1	30	
1/2-Bagenstücke aller Kantone					
(Neuenburg ausg.) . . .	07	71 "	5	—	
1/2-Bagenstücke von Neuenburg	06	20 "	1	30	
1- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Zürich . .	05	40 "	2	25	
1- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Luzern . .	04	20 "	—	90	
1- $\frac{1}{2}$ -Stücke von Glarus . .	04	25 "	1	—	
3-Goldstücke von Tessin . .	09	10 "	—	90	
1-Kreuzerstück von allen Kan-					
tonen	03	10 "	—	35	
2-Rappenstücke von allen Kan-					
tonen	02	10 "	—	28	

	Gents.		Fr. Gents.
1 Bluzgerstücke v. Graubünden	02	20 Stück	45
1/2-Kreuzerstücke von allen Kantonen	01	20 "	35
1 Rappenstücke von allen Kantonen	01	10 "	14
6 Denaristücke von Tessin . .	01	10 "	15
3 Denaristücke von Tessin . .	—	10 "	07
25, 10, 5, 4, 2, 1 Centimes von Genf, nach Nennwerth.			

Gold & Silbermünzen und Silberscheidemünzen.

A } vide Tab. I.B. .
B }

Witt. Ann. Concordat. Hungar. 1790. Jun.
a Bern. . . fr 539,244 „ — d. Basel fr 51,525 „ —
b. Freiburg „ 84,242 „ — e. Aargau „ 253,854 „ 50
c. Solothurn. „ 62,296 : — f. Waadt „ 204,056 „ —

Billon-Scheidemünzen & Kupfermünzen.

Einzelungen im Ganzen
Vollzugsleistungen inbegriffen
A. Bern fr. 406,001 " 58
B. Basel " 31,250 " —

Mit dem Concordat: Hunzlinmengen
 a Bern . . . fr 442,475 „ 50. d Basel fr 448,85 -
 b Freiburg. . . „ 122,904 „ 65. e Aargau „ 93,619 „ 80
 c Solothurn. . „ 113,000 - f Waadt „ 483,312 -

Tab: II. Werth Berechnung der in Circulation befindlichen Münzen.

Sorten.	Ursprung.	Drägungs-Verhältnisse.				Normal - Gehalt.						Sorten.	Neuwerth.	Abnutzung.			Total Verlust.
		Korngr.	Feinbl. nach Aufw. für Mark für	Alloy resp. Gold. Werth.	Neuwerth der mathematischen Circulations Summe	An Alloy resp. Gold.		An Kupfer.		Minderwerth. Minderwerth.	Metallwerth.			%	Betrag.		
						1000?	Absolut.	1000?	Absolut.								
Pulveren	Bern etc.	907	31.2	16.61	600000	1038	622800				22800						
Duaten	d. etc.	903	32	16.61	600000	1015	115101				1701						
10 Louisder	Luxern	977	32	15.24	480	989	474.72				5.28	165816		790329.88	24513.88		
10 franken	d.	927	53.93	10.10	1690	10103	1708.16				18.16						
2088 franken	Gensf	900		14.8	50246	1000	50246										
482 franken	in manistum Cantone	8752903	8	8.5	4.11	90000	10273	92500			2500	482 franken	200000	205043.75	5043.75		
d.	Luxern (Appenzell A. O.)	883	8.4	4.09	110000	10233	112543.75				2543.75						
1085 franken	Gensf	900		3.50	6871	1000	6871					1085 franken	6811	6811	0		
281 Gulden	Basel	844	10.21	3.03	66684	1009	67284.15				600.15	281 Gulden	66684	67284.15	1682.10	1081.95	
1 franken	Bern unia	903	32.3	1.04	10000	10413	10416.66				416.66						
d.	Tessin, Solothurn, Sturgau	900	32.6	1.04	121856	1040	126730.24				4874.24						
d.	Tessin	901	32.72	1.03	5920	1038	6144.96				224.96						
d.	Bürsch	875	32	1.03	27501	10304	28339.78				838.78						
d.	Ueadi	900	33.4	1.01	11718	10153	11901.58				183.58	1 franken	611755	618352.74	30917.64	23719.90	
d.	Graubünden	900	33.4	1.01	2000	1012	2024				24						
d.	Bern unia	833	31.4	1	290000	1005	291450				1450						
d.	Luxern, Basel (13 Hfl.)	750	28.33	99.7	138160	997	137745.52				414.48						
d.	Neuenburg (21 & 10 1/2 Lutz.)	7622812	33.3	90	4000	900	3600				400						
3 & 2 1/2 Lutz.	Bern, Solothurn, unia	750	57	49.6	514938	992	510819	3	1344.80		2574.70						
d.	in manistum Cantone unia	666	54	46	1108804	9303	1031927.62	42	4989.60		71887.53						
d.	Luxern, 5 Lutz.	664	54.2	46	357600	9233	330184	44	1609.20		25806.80	5822 Lutz.	2158443.25	2041791.17	153134.34	269786.42	
d.	d. 2 1/2 Lutz.	656	108.4	22.8	42400	9122	38690	42	190.80		3519.20						
d.	St. Gallen	6402672	54	45	134700	900	121230	42	606.15		12863.85						
8 Lutz.	Bürsch	672	32	79	140000	939	138460	42	630		910	4285 Gulden	697803	669560.65	50217.03	78459.40	
4 Lutz.	d. (Luxern, Unia, Schwyz, in Prop.)	500	50	37	557803	942	525450.42	9	5020.23		27332.35						
3 Lutz.	Basel	422	57	27.9	100000	930	93000	11	1100		5900	4285 Gulden	120000	114090	10268.10	16178.10	
6 Lutz.	St. Gallen	344	88	14.7	20000	982	19640	17	350		10						
Lutz.	Bern, Solothurn, Unia, unia	253	103	9	400000	926	370400	25	10000		19600						
d.	Alla Cantone (für Nationalbank)	166	90	7	1794633.70	698	1252654.32	32	58325.59		483653.79	Lutz.	2314633.70	1756539.91	175654	733747.79	
d.	Neuenburg	94	71	5	120000	499	59880	44	5280		54840						
1/2 Lutz.	Bern, Solothurn, Unia, unia	140	130	4	200000	812	162400	46	9200		28400	1/2 Lutz.	894215.85	617286.57	92593	369522.28	
d.	Alla Cantone	94	120	3	694215.85	589	408893.13	53	36793.44		248529.28						
Blitzger	Bürsch, (Luxern, Glarus Zug in Prop.)	94	360	1	217340	590	128230.60	53	11519.02		77590.38						
d.	d.	64	317	3	10000	456	4560	62	625		4815						
3 Soldi	Tessin	166	132	4	72167.62	757	54630.88	35	2525.86		15010.88	Blitzger etc.	383625.90	253043.23	50608.65	181191.32	

3 Soldi	Cassin	166	132 1/2	—, 01 1/2	72167,62	757	54630,88	35	2525,86	15010,88	Pf. Lingenst.	383625,90	253043,23	20	50008,65	181191,32
d.	d.	146	135	—, 04	67920,88	652	44284,41	35	2377,23	21259,24						
6 Denari	d.	21	324	—, — 1/2	6708,50	234	1569,78	100	670,85	4467,87						
6 & 3 d.	d.	0	153 & 310	—, —	9488,90	—	—	—	216	2049,60						
Prinzgen	1st Gallen, Thurgau, Uri, Schwyz, Unterwalden, Appenzel A. & S. (125)	83	230	—, 01 1/2	103705,32	560	58074,97	50	5185,27	40445,08						
d.	Freiburg, Neuenburg	45	160	—, 01	22381,25	424	9489,65	83 1/2	1865,10	11026,50	1st Prinzgen	186612,82	105281,62	20	21056,32	102387,52
1/2 d.	Bern, Solothurn & Jura (125)	153 1/2	400	—, — 1/2	60526,25	440	26631,55	66 1/2	4035,08	29859,62						
2 & 1 Rappen	St. Gallen, Appenzel A. & S. (125)	42	345	—, — 1/2	90524,19	456	41279,03	50	4526,21	44718,95						
d.	St. Gallen, Appenzel A. & S. (125)	63	520	—, — 1/2	69028,60	325	22434,29	83 1/2	5752,38	40841,93	2 & 1 Rappen	214952,79	83686,91	20	16737,38	148003,26
d.	Bern, Uri, Schwyz, (125), Basel, Unterwalden	31	360	—, — 1/2	55400, —	—	—	—	175	9695, —						
d.	Luzern, Schwyz (125), Zug	39	225 & 450	—, — 1/2	—	—	—	—	—	—						
25 Centimes	Genf	0	200	—, —	—	—	—	—	—	—						
10 "	d.	248	(260) 637	—, 14 3/4	111931,05	840	94022,08	23	2574,41	15334,56						
5 "	d.	120	(360) 88,2	—, 05 1/2	40668,25	733 1/2	29823,38	50	2033,41	8811,46						
4 "	d.	66 1/2	(500) 122,5	—, 02	24463,50	587	14360,07	75	1834,76	8268,67						
2 "	d.	75	(550) 134 3/4	—, 02, 1	9279,34	750	6959,59	85	788,74	1531,01	1 & 25 Centimes	201246,73	157386,86	0	—	43859,87
1 "	d.	42	(742) 187 1/2	—, — 1/2	1092,91	62 1/2	679,24	132	144,26	269,41						
1 "	d.	40	(1502) 368	—, — 1/2	2274,93	586	1333,10	130	295,74	646,09						
1 "	d.	0	(925) 226 3/4	—, —	11536,75	—	—	—	220	2538,08						
					8822000,04		7289812,63		196675,81	1373686,88		8822000,04	7486488,44		632426,21	1967937,81
										3817528						
										1335511,60						

Tab III. Übersicht der in Circulation befindlichen Münzen.

Cantone.	Goldsorten.	4 & 2 Franken.	10 & 5 Francs.	2 & 1 Gulden.	1 Franken.	5 & 2 1/2 Batzen.	1 & 1/2 Gulden.	3 & 1/2 Gulden.	Batzen.	Halbbatzen.	Schillinge & Co.	Kreuzer 1 & 1/2.	Rappen 2 & 1.	Centimes 1 & 2.	Total.
Zürich.		16000			27501		600000				140000		60000		843501
Bern	600000	64000			300000	618043 25			428000	228000		80000	20000		2338045 25
Luzern	2170	100000			55300	400000	16000		200000	100000	15000		25000		913470
Uri							2403		2043	726			19440		536640
Schwyts	13400						32400			42000			67800		162600
Unterwalden						4000			2000	1000					7000
Glarus						3230			12210		10340				25780
Zug											2000		1000		3000
Freiburg		2000			4907	113696 50			8112560	4961845		1238725			26372880
Solothurn	100000	1000			100000	140000			225000	20000		12000			598000
Basel				66684	82560	57100		100000	80000	20000			8322		414966
Schaffhausen									7875	5485		5392			18752
Appenzell		10000				3267			53472	7750		228925			7747825
S. Gallen						134700	40000	20000	29410950	10948745		5293987			65123682
Graubünden					2000	1619950			3464750	2548735	60000				13832835
Aargau		5000			16949	349726			10962510	2302985			3052419		53485414
Thurgau						1290			23210	744010		3729			3566910
Tessin		2000			5920	36396					15628590				20060190
Valais					11718	280793			541316	15419765		718745	211220		99731830
Neuchâtel									100000	40000					140000
Genève					4000				120000	60000		10000			194000
	50246		6811											20124673	25830373
	765816	200000	6811	66684	611155	2158443 25	697803	120000	231463370	89421585	28362590	15667282	21495279	20124673	882200004

Tab. IV Übersicht des unthunastlichen Verlustes bei Einschmelzung der Münzen.

Cantone.	Goldmünze.		Silbermünze.		Silber-Scheidemünze.		Willen-Scheidemünze.		Kupfermünze.		Total.		Verlust.		
	Nennwerth.	Goldwerth.	Nennwerth.	Silberwerth.	Nennwerth.	Metallwerth.	Nennwerth.	Metallwerth.	Nennwerth.	Kupferwerth.	Nennwerth.	Metallwerth.	Nennwerth.	Durch Abnutzung.	Total.
<i>Basel</i>			13501	4478.122	600000	374830	200000	720380			843501	74001422	10348678	6905119	17253797
<i>Bern</i>	600000	620300	367000	36764.441	61802323	60433122	736000	30213916			233804325	218985482	14849043	15664384	30483627
<i>Luzern</i>	2170	218288	155300	13714660	116000	383890	315000	219243	25200	4375	913470	76983948	14363032	6106784	20462836
<i>Uri</i>					2403	228323	206340	203782			536640	432314	104326	40642	144268
<i>Schwyz</i>	13400	13601			30500	3756250	80500	42644	29400	5145	162600	2885940	6374060	1122080	7426140
<i>Unterwalden</i>					4000	374066	3000	2103			7000	584366	115634	52296	167230
<i>Glarus</i>					3230	302038	22330	1556802			25780	1858860	719140	244822	963962
<i>Zug</i>							2000	1286	1000	175	3000	1461	1839	22220	183120
<i>Freiburg</i>			6202	713884	11362630	10632318	14312330	2732870			26372880	21088272	5284608	2024588	7309196
<i>Solothurn</i>	100000	103800	101000	10302777	140000	13513220	237000	122278			528000	54326367	5403633	4068322	2468953
<i>Basel</i>			149544	14982337	57100	33328	208322	16877813			414966	37207172	4282428	2673618	6963046
<i>Schaffhausen</i>							18732	7248081			18752	1248081	627119	174483	801602
<i>Appenzell</i>			10000	1023123	3267	303318	6421123	4577361			7747823	5906204	1847621	546038	2387672
<i>S. Gallen</i>					174700	16137613	47633682	33535543			65123682	49713158	15410524	5203113	20613632
<i>Graubünden</i>			2000	2024	1672230	1514223	12012885	7900404			13832835	9617722	4215106	1368924	5584030
<i>Aargau</i>			21942	2276335	340726	32703210	16317914	11031134			53485414	46012942	7472463	3886408	11358873
<i>Thurgau</i>					1220	120638	3437910	2387653			3566910	2508293	1058617	293148	1351763
<i>Tessin</i>			7922	820052	36396	3103632	146797	10603901	948890	204960	20060190	15034345	5025643	2453724	7479369
<i>Vaud</i>			17718	1190158	280723	26238823	70480730	49966940			22731830	77415223	22315207	7573020	29888227
<i>Valais</i>							140000	129420			140000	129420	10580	14638	25238
<i>Neuchâtel</i>			4000	3600			190000	10873333			194000	11235333	8164667	1348866	9513533
<i>Genève</i>	50246	50246	6811	6811			18270928	15484878	1153673	253808	26830373	21444386	4385987		4385987
	763816	79032988	884630	89742164	283624623	271133182	423886214	307303242	7642565	1428268	882200004	748648844	133551160	63242621	196793781